

André Holtrup/Lothar Peter (Hg.)

**Von den USA lernen?
Zur Zukunft der Arbeits- und
Sozialpolitik in Deutschland**

Eine Auseinandersetzung um das
Politikkonzept von Wolfgang Streeck

IAW Arbeitspapier 15/ Februar 2005

Herausgeber:

© Institut Arbeit und Wirtschaft (IAW)
Universität / Arbeitnehmerkammer Bremen
Postfach 33 04 40
28334 Bremen

Forschungseinheit
Wandel der Arbeitsgesellschaft
Prof. Dr. Helmut Spitzley
Tel.: 04 21/218-3085
spitzley@iaw.uni-bremen.de

Kostenbeitrag:

3,00 € + Versandkostenpauschale
bei Frau Sigrid Hirschhausen
Tel.: 04 21/218-3407
sigrid@iaw.uni-bremen.de

1. Auflage 2005
ISSN-Nr.: 1610-9325

André Holtrup/Lothar Peter (Hg.)

**Von den USA lernen?
Zur Zukunft der Arbeits- und Sozialpolitik
In Deutschland**

Eine Auseinandersetzung um das Politikkonzept
von Wolfgang Streeck

Kurzfassung

Die Entstehung dieses Arbeitspapiers ist angestoßen worden durch die Veröffentlichung des Beitrags „Hire and Fire. Ist der amerikanische Arbeitsmarkt ein Vorbild für Deutschland?“ von Wolfgang Streeck. Hierin unternimmt Streeck den Versuch einer Generalabrechnung mit der deutschen Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, die, entgegen ihrer erklärten Intention, zu einer höheren Arbeitslosigkeit und zu einem Ausschluss bestimmter Gruppen vom Arbeitsmarkt geführt habe. Gleichzeitig plädiert er für die Neujustierung des deutschen Sozialsystems und dessen Annäherung an das US-amerikanische Modell. Diese provokanten Thesen haben die Mitglieder der Forschungseinheit Wandel der Arbeitsgesellschaft (FeA) am Institut Arbeit und Wirtschaft (IAW) veranlasst, sich in einer gemeinsamen Diskussion näher mit den Argumenten und der Argumentation von Wolfgang Streeck zu befassen. Einige Ergebnisse dieser Auseinandersetzung werden in diesem Arbeitspapier präsentiert. Es umfasst einen von Lothar Peter in der Zeitschrift Sozialismus (11/2004) veröffentlichten Artikel sowie die transkribierte und redigierte Dokumentation der Diskussion.

Abstract

The development of this document derived from a discussion of Wolfgang Streeck's publication "Hire and Fire. Ist der amerikanische Arbeitsmarkt ein Vorbild für Deutschland?" ("Hire and Fire. The American labour market as a role model for Germany?"). In this essay Streeck points out his view on to what extend German social and labour market policy – in contradiction to its declared intention - has caused a higher degree of unemployment and the exclusion of particular groups from the German labour market. Furthermore he asks for a restructure of the German social system along the US-American model. These provocative theses lead to a discussion of Streeck's arguments among the members of the Research Unit for Changes in the Working Society (Forschungseinheit Wandel der Arbeitsgesellschaft - FeA) within the Institute Labour and Economy (Institut Arbeit und Wirtschaft - IAW). Some of the results are presented in this paper. It contains a journal article by Lothar Peter, which was published in 'Sozialismus' (11/2004), as well as the transcribed and edited documentation of the discussion.

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung.....	5
-------------------	---

Lothar Peter:

Der American Dream des Wolfgang Streeck – Demontage des Sozialstaats im sozialwissenschaftlichen Diskurs.....	7
1.1 Amerikanisierung – ein fragwürdiger Leitbegriff	7
1.2 Amerikanisierung als Realität	10
1.3 Warum nicht Schweden als Referenz?	12
1.4 Einige Legenden: zu niedrige Arbeitszeiten, zu hohe Lohnnebenkosten, „Nichtfinanzierbarkeit“ des Sozialstaates.....	15
1.5 Ein neoliberales Menschenbild.....	19
1.6 Literaturverzeichnis	22

Rainer Dombois, André Holtrup, Peter Mehlis, Lothar Peter, Claudia Reihert, Helmut Spitzley, Jenna Voss, Günter Warsewa:

Dokumentation der Diskussion über den Beitrag „Hire and Fire. Ist der amerikanische Arbeitsmarkt ein Vorbild für Deutschland?“ von Wolfgang Streeck.	25
--	-----------

Vorbemerkung

Ein Beitrag des renommierten Sozialwissenschaftlers Wolfgang Streeck, Direktor des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung in Köln, über die Probleme des Arbeitsmarktes in Deutschland gab den Anlass für die Veröffentlichung dieses Arbeitspapiers. Die Forschungseinheit Wandel der Arbeitsgesellschaft (FeA) im Institut Arbeit und Wirtschaft (IAW) hielt es für nützlich, sich mit den teilweise provozierenden Thesen von Wolfgang Streeck auseinander zu setzen und die empirische Grundlage und argumentative Plausibilität seiner Diagnosen und Vorschläge zu überprüfen. Das Ergebnis der Auseinandersetzung mit Wolfgang Streeck besteht in einer Diskussion der FeA-Mitglieder am 24.08.2004 und einem Artikel von Lothar Peter, der leicht gekürzt in der Zeitschrift Sozialismus (Heft 11/2004) erschienen ist. Sowohl die Diskussion als auch der Artikel werden in diesem Arbeitspapier dokumentiert. Wir halten es für sinnvoll, beides einer interessierten Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Für die Transkription danken wir Tobias Bader.

Bremen, im Januar 2005

Andre Holtrup

Lothar Peter

Lothar Peter:

Der American Dream des Wolfgang Streeck – Demontage des Sozialstaats im sozialwissenschaftlichen Diskurs¹

1.1 Amerikanisierung – ein fragwürdiger Leitbegriff

Wolfgang Streeck ist auf dem Gebiet der Arbeitsmarktforschung und der Soziologie der industriellen Beziehungen ein renommierter Mann. Sowohl in seiner Forschungstätigkeit als auch als wissenschaftlicher Politikberater hat er sich einen Namen gemacht. Lange Zeit empfahl er sich als ein den Gewerkschaften verbundener Fürsprecher eines moderaten rationalen Reformkurses, aber im Zeitverlauf traten die Konturen seines Denkens, das von Anfang an eine systemkonforme Bearbeitung struktureller Widersprüche zwischen Kapital und Arbeit zum Programm gemacht hatte, immer schärfer hervor. Stets bewegte sich Streeck an jenem Punkt der politischen und wissenschaftlichen Diskussion, an dem es um die jeweilige Anschlussfähigkeit des Status quo an die Erfordernisse kapitalistischer Modernisierung ging. Das fordistische System eines tripartistischen Korporatismus verteidigte er seinerzeit gegen den Vorwurf, es opfere die Interessen der Lohnabhängigen den Weltmarktbedingungen (Esser 1982), dem Flächentarifvertrag empfahl er mehr Flexibilität (Streeck 1998), dann verabschiedete er sich vom "deutschen Kapitalismus" (Streeck 1999) korporatistischen Zuschnitts, ordnete die Mitbestimmung der Logik des Wettbewerbs (Kommission Mitbestimmung 1998) unter, schlug vor, die Arbeitslosigkeit durch den Einstieg in einen Niedriglohnsektor zu bekämpfen (Streeck/Heinze 1999) und prophezeite dem System der industriellen Beziehungen angesichts der Globalisierung eine "partikularistisch-sektorale Einkapselung" (Streeck 2001: 308), von der nur noch eine schrumpfende Zahl von Beschäftigten in der Industrie profitieren werde. Bei allen von ihm aufgegriffenen Themen bezog Streeck Positionen, die sich vor allem von kapitalismuskritischen, die Gewerkschaften als kollektive Akteure eines antagonistischen Verhältnisses von Lohnarbeit und Kapital begreifenden Auffassungen nachdrücklich abgrenzten. Gleichzeitig war er aber stets auf einen sozialstaatsfreundlichen und gewerkschaftsnahen Habitus bedacht, auch wenn er nach dem Scheitern des „Bündnisses für Arbeit“ dazu tendierte, die Gewerkschaften als Promotoren des

¹ André Holtrup danke ich herzlich für die Diskussion des Textes.

Niedergangs zu beargwöhnen (Streeck 2003). Dennoch will er seine Beiträge und Vorstöße auch heute als konstruktiv verstanden wissen, sie sollen sowohl Schlimmeres verhindern als auch die Modernisierung der industriellen Beziehungen und des Sozialstaats unter dem Vorzeichen der Globalisierung und des internationalen Wettbewerb beschleunigen. Tatsächlich aber, so meine These, richtet sich Streecks Argumentation in ihrem Kern gegen die Aufrechterhaltung des „deutschen Modells“ des Sozialstaats und der industriellen Beziehungen, das er als das heute entscheidende Hindernis der Wettbewerbsfähigkeit des „Standortes Deutschland“ identifiziert. Diese Stoßrichtung, die in früheren Einlassungen durch eine prokorporatistische Rhetorik überlagert wurde, tritt nun ungeschminkt zu tage, wie ein Beitrag mit dem bezeichnenden Titel „Hire and fire“ dokumentiert. Am Beispiel dieses Beitrages, der sowohl in der „Berliner Republik“ (Streeck 2004a) als auch in einer gekürzten Fassung unter dem Titel „Der amerikanisierte Arbeitsmarkt“ in der Frankfurter Rundschau (Streeck 2004b) publizitätswirksam veröffentlicht wurde, soll im folgenden erstens nachgewiesen werden, dass die wesentlichen Argumente Streecks inhaltlich einer kritischen Prüfung nicht standhalten, und zweitens aufgezeigt werden, dass zwischen seinem Denken und der Logik des neoliberalen Diskurses kein qualitativer Unterschied mehr besteht.

„Hire and fire“ beginnt mit einer kalkulierten Provokation. Ausgerechnet von den USA soll Deutschland lernen, wie die aktuelle Misere des Arbeitsmarktes und sozialen Sicherungssystems erfolgreich zu bewältigen sei.

Natürlich weiß auch Streeck sehr genau, dass das, was hierzulande Amerikanisierung genannt wird, vor allem mit "Hire and fire", Deregulierung der Arbeitsbeziehungen, Diktatur des Marktes, Privatisierung sozialer Risiken und Rückzug des Staates aus gesellschaftlichen Verpflichtungen verbunden ist. Aber seine Pointe besteht darin, zwischen einer berüchtigten Seite und einer angeblich überaus positiven, in Deutschland aber zu Unrecht verkannten, in ihren segensreichen Konsequenzen missachteten Seite - der „Offenheit und Inklusionsfähigkeit“ des Arbeitsmarktes (Streeck 2004a: 58) - zu unterscheiden. Streeck will das Schlagwort der Amerikanisierung von seinem Makel befreien, indem er es gleichsam halbiert und Verelendung, Verslummung, Rassismus, Kriminalität und sozialen Ausschluss hinter positiven Eigenschaften wie Selbstverantwortung, Risikofreude und Leistungsbereitschaft verschwinden lässt. Es sind nach Streeck diese Eigenschaften, die den für Deutschland typischen Immobilismus des Arbeitsmarktes in den USA erst gar nicht entstehen lassen und für einen spektakulär niedrigen Stand der Arbeitslosigkeit gesorgt haben. Deshalb soll Deutschland, so sein zentrales Anliegen, diese zweite, eigentlich interessante und "gute" Seite zum Vorbild nehmen, um die institutionelle Blockade des Arbeitsmarktes zu durchbrechen und einen dynamisierenden "Ruck durch die Gesellschaft" auszulösen, wie sich der ehemalige Bundespräsident Roman Herzog auszudrücken beliebte.

Die Einschnitte in das soziale Netz durch die "Agenda 2010" der gegenwärtigen Koalition gehen Streeck dabei noch nicht weit genug, um diese "gute" Seite der Amerikanisierung in

Deutschland voll zu entfalten. Er sieht in den Maßnahmen der Bundesregierung allenfalls "unvermeidliche Konsequenzen" aus einer strukturell verfehlten Politik, nicht aber eine qualitative Änderung des bisherigen sozialpolitischen Kurses: "Die gegenwärtigen Reformen, von denen ihre Gegner die Amerikanisierung des deutschen Arbeitsmarktes befürchten, sind nichts Anderes als die unvermeidlichen Konsequenzen der hartnäckigen Verteidigung jener Institutionen, die uns vor 'amerikanischen Zuständen' bewahren sollen. Statt das leckere Schiff zu reparieren, wirft die Mannschaft Ballast ab" (Streeck 2004a: 57).

Verursacht wurde die Krise des Arbeitsmarktes und der sozialen Sicherungssysteme nach Streeck durch eine zu geringe Lohnspreizung, die wenig produktive Arbeit mit hohen Arbeitskosten prämierte, und vor allem durch eine „sozialpolitische Stilllegung“ und „subventionierte Verknappung des Arbeitsangebotes“ durch eine „Politik der Arbeitszeitverkürzung und Frühverrentung“, die zu einer „administrierten Verteuerung von Erwerbsarbeit“, also höheren Lohnnebenkosten, geführt habe und damit schließlich die Misere am Arbeitsmarkt erst evoziert hätte.

Diese Entwicklung sei nicht vom Himmel gefallen, sondern das zwangsläufige Resultat einer langjährigen verhängnisvollen Fehlentwicklung, die mit der Ideologie des "Endes der Arbeitsgesellschaft" begonnen habe, die er „rot-grün“ in die Schuhe schiebt, obwohl diese Ideologie, wie das Beispiel Ralf Dahrendorfs (Dahrendorf 1983) zeigt, seinerzeit primär gegen die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften zielte.

Der Hinweis auf das „Ende der Arbeitsgesellschaft“ bildet aber lediglich den Auftakt für die dann folgende Generalabrechnung mit dem „deutschen Modell“. In dieser Abrechnung spielt die Rede von der "planmäßigen Stilllegung von Arbeitskraft", von der "Subventionierung des versteinerten Arbeitsmarktregimes" oder "sozialstaatlicher Freistellung von der Arbeit" (Streeck 2004a: 64) eine diskursstrategisch zentrale Rolle und soll mehrere Funktionen erfüllen. Sie ruft mit dem Attribut der "Planmäßigkeit" negative Assoziationen von Etatismus und Bürokratisierung hervor und erweckt den Eindruck, dass der deutsche Sozialstaat die eigentliche Ursache der Massenarbeitslosigkeit sei. Gleichzeitig gelingt es ihm, die Rolle der Unternehmen als an Entlassungen ja zuallererst beteiligten Akteuren, denen es gerade durch die umfangreiche Nutzung von Frühverrentungen gelang, ihre Belegschaftsstrukturen zu verjüngen, vollständig auszublenden. Das Handeln der Unternehmen und des Managements sind in der Problemwahrnehmung von Streeck nicht existent. Warum dieser blinde Fleck? Weil die Anerkennung des jeder Zahlung von Lohnersatzleistungen vorausgehenden Austauschverhältnisses zwischen Kapital und Arbeit die Frage nach den Ursachen von Arbeitslosigkeit in eine ganz andere Richtung lenken würde als die, die Streeck verfolgt. Stattdessen beharrt er darauf, dass ausschließlich die "sozialstaatlich subventionierte Verknappung des Arbeitsangebots" die Arbeitsmarktmisere verschuldet hat. Aber damit nicht genug: der deutsche Sozialstaat legt nicht nur Arbeitskraft still, sondern ist darüber hinaus für eine Verschärfung sozialer Ungleichheit verantwortlich. So bemüht er sich, seine These darzulegen, „dass gerade der Versuch der Bewahrung dessen, was wir in der Vergangenheit zu Recht für sozialstaatliche Errungenschaften halten durften, heute zunehmend eben jener

Polarisierung und sozialen Unsicherheit den Weg bereitet, welche die Anhänger des 'europäischen Sozialmodells' so abstoßend finden – während er zugleich manches, was wir aus den USA möglicherweise übernehmen könnten, in unerreichbare Ferne rückt" (Streeck 2004a: 57). Da der Sozialstaat versagt hat, kann – so behauptet er – nur noch das helfen, was die positive Seite der Amerikanisierung auszeichnet, da sie – und zwar ohne Sozialstaat und ohne starke Gewerkschaften - etwas zuwege gebracht habe, wovon man in Deutschland nur träumen könne: das us-amerikanische arbeitsmarktpolitische Eldorado ermögliche niedrige Arbeitslosigkeit, hohe Erwerbsbeteiligung insbesondere von Frauen, eine spektakulär niedrige Quote von Langzeitarbeitslosen, hohe Arbeitsmarktmobilität und last but not least Schaffung neuer Arbeitsplätze während der neunziger Jahre in einem Umfang, der in Deutschland als ans Wunderbare grenzend empfunden werden muss.

1.2 Amerikanisierung als Realität

Bei genauerem Hinsehen verblasst der Glanz der „schönen Seite“ der Amerikanisierung sehr schnell. Auch wird deutlich, dass die von Streeck intendierte halbe Amerikanisierung ohne negative Konsequenzen für die abhängig Beschäftigten nicht zu haben ist.

Zwar ist die Arbeitslosigkeit in den USA gegenwärtig erheblich niedriger – sie lag in den USA 2003 bei 6%, in Deutschland dagegen bei 9,3% (OECD Employment Outlook 2004: 293) -, aber dabei muss daran erinnert werden, dass Beschäftigung in den USA einer extrem hohen Fluktuation unterworfen ist. Auch wenn die Arbeitslosenquote relativ niedrig ist, nämlich verglichen mit Deutschland inzwischen um fast die Hälfte niedriger, sind mehr Menschen während eines Jahres vorübergehend von Arbeitslosigkeit betroffen. Die sogenannte "Betroffenheitsquote" liegt weit über der in Deutschland. Dieser Tatbestand erklärt außerdem zumindest teilweise, warum es in den USA ungleich weniger Langzeitarbeitslose als in Deutschland gibt. Der rasche Wechsel von kurzfristiger Beschäftigung und ebenso kurzfristiger Arbeitslosigkeit führt zu einer Art "perforierter" Arbeitslosigkeit (Ganßmann/Haas 1999: 170). Die niedrige Arbeitslosenquote darf also nicht umstandslos mit stabilen Beschäftigungsverhältnissen gleichgesetzt werden.

Für das berühmte "Jobwunder", das sich in den neunziger Jahren ereignete und von dem Streeck so tief beeindruckt ist, mussten zudem vor allem die gering Qualifizierten einen hohen Preis zahlen. Erstens sind sie aufgrund häufig fehlender Absicherung gegen Arbeitslosigkeit und Krankheit gezwungen, Jobs anzunehmen, die schlecht bezahlt sind und sie rasch unter die Armutsgrenze drücken können, wie der Begriff der "working poor" zum Ausdruck bringt. Zweitens hat trotz des "Jobwunders" der Kaufkraftschwund des gesetzlich garantierten Mindestlohnes, der im Unterschied zur früheren "scala mobile" in Italien nur in längeren Abständen nach oben korrigiert wird, nicht ausgereicht, um ein Absinken der Mindestlöhne unter die Armutsgrenze zu verhindern (vgl. Huffs Schmid 1996: 24). Beschäftigte in untersten Einkommensquintil verdienten 1993 fast ein Viertel weniger als 1973 (Berg

2000: 155). Aber auch die mittleren Einkommensgruppen hatten Reallohnverluste hinzunehmen und selbst bei den Besserverdienenden war der Zuwachs der Realeinkommen nur noch geringfügig. Selbst wenn man davon ausgeht, dass die Zahl der Sozialhilfeempfänger seit Mitte der neunziger Jahre etwas zurückging und ein bescheidenes Wachstum der Ausgaben der staatlichen Krankenversicherungen Medicare und Medicaid (vgl. Thunert 2003: 11) die miserable Lage der Bedürftigen geringfügig milderte, liegt die Armutsquote, zumal der schwarzen Bevölkerung und der alleinerziehenden Frauen, noch immer erschreckend hoch. Bei letzteren betrug sie 1999 fast 36% (vgl. IW-Trends 2001: 90). Beurteilt man das Wohlfahrtsniveau eines Landes oder einer Gesellschaft nicht nur nach der durchschnittlichen Einkommenshöhe pro Kopf der Bevölkerung, sondern auch nach dem Grad sozialer Gleichheit, so wird deutlich, dass die soziale Segmentierung der abhängig Erwerbstätigen in den USA besonders tief ist. Das spiegelt sich in der Lohnspreizung wider. Während die Lohnspreizung in Deutschland zwischen 1983 und 1993 eher abgenommen hat, nahm sie in den USA bei gleichzeitig sinkendem Realeinkommen der unteren und mittleren Einkommensgruppen zu (vgl. Kalmbach 2001: 57). Die von Streeck gepriesene amerikanische "Arbeitsgesellschaft" geht also auf Kosten sowohl längerfristiger Beschäftigungsverhältnisse und ausreichender Realeinkommen als auch der Lohngleichheit.

Den negativen Implikationen einer oberflächlich niedrig erscheinenden Arbeitslosigkeit in den USA entspricht außerdem ein Typus der industriellen Beziehungen, auf den Streeck mit keinem Wort eingeht, der aber ebenso Ursache wie Folge eines auf radikale Deregulierung und Rekommodifizierung der Arbeitskraft gerichteten Beschäftigungssystems ist. Das, was weiter oben als perforierte Arbeitslosigkeit bezeichnet wurde, verweist auf eine weitgehende Entmachtung der nordamerikanischen Gewerkschaften, die trotz eines Kurswechsels zu einer stärker konfliktuellen Orientierung der AFL-CIO seit Mitte der neunziger Jahre die Herrschaft des von Streeck ironisch relativierten "Hire and fire" nicht anzutasten vermochten (vgl. Naglo 2003; Lüthje/Scherrer 2003). Das Fehlen stabiler Arbeitsbeziehungen und handlungsfähiger Gewerkschaften, das einerseits die problematische, von Streeck aber in einen für Deutschland nachahmenswerten Zustand umgedeutete Mobilität des Arbeitsmarktes in den USA miterklärt, erweist sich andererseits als einer der entscheidenden Gründe dafür, warum es sich bei dem amerikanischen System sozialer Sicherungen in Wahrheit eher um einen Flickenteppich heterogener, unkoordinierter und materiell sehr bescheidener Transferleistungen, Zuschüsse und sporadischer Unterstützungsmaßnahmen als um ein *System* handelt, das diese Bezeichnung auch verdient. Die Entwicklung der US-amerikanischen Sozialpolitik ist seit 1980 durch eine "Rückbauelastizität" und "niedrige Ausgabengenerosität" auf einem ohnehin niedrigen Niveau gekennzeichnet, die sich aus dem auf "Vorrang der Marktkräfte gepolten US-amerikanischen Wettbewerbsregime" (Siegel 2002: 419) ableitet. Vor dem Hintergrund der skizzierten Verhältnisse auf dem amerikanischen Arbeitsmarkt und der damit einhergehenden negativen gesellschaftlichen Nebenfolgen bleibt zunächst einmal schleierhaft, welchen sozialpolitischen Fortschritt sich Streeck von der Deregulierung des deutschen Arbeitsmarktes verspricht. Zwar ist Streeck beizupflichten, dass

auch unter dem in Deutschland etablierten Arbeitsmarktregime eine größere Zahl von Erwerbstätigen zu beklagen ist, die nur miserabel entlohnt „in den expandierenden gewerkschaftsfreien Zonen unseres Beschäftigungssystems mit ihren Arbeitsmarktrisiken selber zurechtkommen müssen, einschließlich dem hire and fire ihrer Arbeitgeber“ (Streeck 2004a: 63). Welchen Gewinn dieses Segment allerdings dadurch haben sollte, dass ein immer größerer Teil von Beschäftigten in eine „Zone der Prekarität“ (Castel 2000) hineingezogen wird, bleibt ungeklärt.

1.3 Warum nicht Schweden als Referenz?

Warum aber stellt Streeck gerade die USA als Beispiel des erfolgreichen Kampfes gegen erstarrte Arbeitsmarktstrukturen heraus? Warum zieht er kein Land heran, dessen historische Pfadabhängigkeit, soziale Strukturen, politische Institutionen und kollektive Handlungs- und Wertorientierungen weitaus eher mit Deutschland vergleichbar sind als Nordamerika? Streeck beschränkt sich zwar bei seinem kritischen Abgleich nicht auf die USA, sondern streut wiederholt kontrastierende Befunde auch aus europäischen Ländern wie der Schweiz, Großbritannien, Dänemark und Schweden ein, aber nichts desto weniger sind es die USA, die die normative Aussage seines Diskurses bestimmen. Aber warum geschieht das? Die Antwort auf diese Frage lautet: Würde er sich etwa am Beispiel Schwedens, Dänemarks oder Österreichs orientieren, geriete er in ein Dilemma; denn er könnte zwar einerseits auch diese Länder zum Maßstab der Kritik an den deutschen Defiziten machen, müsste dann aber andererseits gleichzeitig nachdrücklich eine Stabilisierung und den Ausbau des Sozialstaats, nicht aber dessen Verschlankung bis zum Punkt seiner Nichtmehrerkennbarkeit fordern; denn Länder wie Schweden oder Dänemark verfügen trotz erheblicher Veränderungen während der letzten Dekade noch immer über intakte sozialstaatliche Strukturen, die den Kriterien des Typs des "sozialdemokratischen Wohlfahrtsregimes" (Gøsta Esping-Andersen) in wesentlichen Punkten entsprechen. Da aber Streeck den gegenwärtigen deutschen Sozialstaat für substantiell überholt, ja gefährlich hält, würde es seinem Ziel widersprechen, eine Alternative gerade in solchen Ländern zu suchen, die sich durch klassische Merkmale des europäischen Wohlfahrtsstaates auszeichnen. Deswegen wird die Amerikanisierung und nicht das schwedische "Volksheim" zum Leitbegriff seiner Polemik.

Es lässt sich zeigen, dass die meisten positiven Befunde, Indikatoren und Daten, die Streeck für die USA geltend macht, ebenfalls für Schweden feststellbar sind, obwohl – oder vielmehr richtig gesagt – weil Schweden noch immer über international führende sozialstaatliche Leistungen und Institutionen verfügt. Die Arbeitslosigkeit lag 2003 in Schweden bei 5,6% und damit noch unter der amerikanischen Quote von 6% (OECD Employment Outlook 2004: 293). Die Erwerbsbeteiligung abhängig Beschäftigter lag 2003 bei fast 79% (ebd. 295) und damit über dem Wert für die USA (75,8%), wobei der hohe Anteil von abhängig beschäftigten Frauen an der Erwerbsbevölkerung mit 76,9% den entsprechenden Anteil in den

USA deutlich übertrifft (USA: 69,7%). Besonders wichtig ist in diesem Zusammenhang auch die Quote der Langzeitarbeitslosen. In Schweden betrug sie 1990 bei den Langzeitarbeitslosen mit 6 Monaten und mehr 15,9% und mit 12 Monaten und mehr 4,7%, stieg bis 1997 steil an (46,7% bzw. 29,6%; Angaben nach Koch 2003: 141), um im Jahr 2003 wieder auf 35,4% bzw. 17,8% zu sinken (OECD Employment Outlook 2004: 315). In den USA betrug der Anteil der Langzeitarbeitslosen 2003 22,0% bzw. 11,8%. Interessant ist dabei, dass der Anteil der Langzeitarbeitslosen in den USA seit 1990 kontinuierlich gewachsen ist, während er in Schweden nach einer dramatischen Zunahme wieder erheblich gesenkt werden konnte.

Die erfolgreiche Reduktion der Arbeitslosigkeit insgesamt und besonders der Langzeitarbeitslosigkeit in Schweden seit der zweiten Hälfte der neunziger Jahre ist das Ergebnis einer Rückkehr des Staatstätigkeitsmusters zu den Grundzielen eines sozialdemokratischen Wohlfahrtsregimes. Zwar nennt auch Streeck mehrfach Daten, die Schweden betreffen und setzt sie gegen die Lage in Deutschland ab, aber seine Abrechnung mit dem "deutschen Modell" nimmt den Marktradikalismus und die Erwerbsmobilität in den USA zum Maßstab, anstatt sich systematisch am schwedischen Muster zu orientieren, obwohl doch relevante Gründe genau dafür sprächen. Die Geschichte und Kultur Deutschlands, insbesondere die Bedeutung einer sozialdemokratischen Arbeiterbewegung, sind ja weitaus eher mit Schweden zu vergleichen als mit den USA, deren spezifische Entwicklung Werner Sombart schon 1906 zu der Frage "Warum gibt es in den Vereinigten Staaten keinen Sozialismus?" (Sombart 1906) veranlasst hatte. Die Rolle des schwedischen Sozialstaats ist ähnlich wie in Deutschland, wenn auch intensiver, mit der Idee kollektiver Solidarität ("Volkshem") verbunden, die als Resultat einer sozialdemokratischen Politik des "Dritten Weges" (Jelle Visser), keynesianischer Beschäftigungspolitik und eines "dicht geknüpften sozialen Sicherungsnetzes" (Siegel 2002: 374) bis heute im gesellschaftlichen Bewusstsein verankert ist und nicht ohne risikoreiche Verwerfungen der gesellschaftlichen Architektur durch voluntaristische Akte hemmungsloser Rekommodifizierung der Arbeitskraft als bloßer "Ballast", um mit Streeck zu sprechen, über Bord geworfen werden kann. Um nicht missverstanden zu werden: Schweden ist keine Insel der Seligen im Ozean weltweiter kapitalistischer Akkumulation und Konkurrenz. Das Land blieb von neoliberalen Experimenten nicht verschont, als ab 1991 die bürgerliche Regierung unter Carl Bildt mit einer angebotsorientierten wirtschafts- und sozialpolitischen Strategie, dem Projekt eines "New State for Sweden" (Koch 2003: 125) antrat, das bis heute sichtbare Spuren im sozialen Sicherungssystem hinterlassen hat. Aber der Widerstand in der Bevölkerung, der sich in der Rückkehr der Sozialdemokraten an die Regierung und in der heutigen Existenz einer Koalitionsregierung aus SAP, Linkspartei und Grünen widerspiegelte, ermöglichte einen Kurswechsel, der zu einer gewissen Restabilisierung des Sozialstaats beitrug. Ohne die auch in Schweden vorhandenen Probleme zu beschönigen und ohne der Illusion einer schematischen Übertragbarkeit der schwedischen Entwicklung nach 1995 auf die deutsche Situation das Wort reden zu wollen, kann man aus den Erfahrungen dieses Landes immerhin lernen, dass die Krise des Sozialstaats nicht mit der Unwiderstehlichkeit einer Naturgewalt in der Erosion der erreichten

sozialpolitischen Standards, einer Entmachtung der Gewerkschaften und der Pervertierung des Staates zum reinen "Wettbewerbsstaat" enden muss. Mit anderen Worten: einer Paralyse des Sozialstaats kann auch mit dessen eigenen Mitteln gegengesteuert werden, wenn der politische Wille und der ihn tragende Rückhalt in der Bevölkerung vorhanden ist. "Hire and fire" ist also nicht die am Ende unvermeidliche Konsequenz einer an den Essentials des Sozialstaats festhaltenden Politik. Man braucht deshalb keine amerikanischen Verhältnisse, um zum Beispiel die Integration gering qualifizierter Arbeitskräfte in den Arbeitsmarkt zu fördern, wie die Daten in Schweden zeigen. Dort lag Mitte der neunziger Jahre die Erwerbsbeteiligung niedrig qualifizierter Männer bei 91% und bei den Frauen bei 80% (Ganßmann/Haas 2001: 246 ff.), wohingegen sie in Deutschland bei den Männern 79,1% und bei den Frauen sogar nur 46,2% betrug. Auch Streecks Vermutung, dass stark regulierte Arbeitsmärkte zwangsläufig den Zugang zum Arbeitsmarkt unterbinden und die Mobilität auf dem Arbeitsmarkt hemmen, wird durch die hohen Job-Turnover-Raten in Schweden widerlegt. Selbst vor der Krise Anfang der neunziger Jahre war die durchschnittliche Turnover-Rate zwischen 1985 und 1992 mit 29,1% deutlich höher als in den USA (1983-1991: 23,4%).

Diese Daten, die in Kontrast zu Streecks Vorliebe für die USA stehen, gewinnen noch an Gewicht, wenn man sie im Zusammenhang mit der Tatsache sieht, dass Schweden unverändert Grundzüge jenes Typs von Sozialstaat und industriellen Beziehungen aufweist, die Streeck im Blick auf Deutschland als Ursache allen Übels geißelt. Die Sozialausgaben in Schweden sind überdurchschnittlich hoch und betragen 1993 fast 30% des BIP (Ganßmann/Haas 2001: 284). Der prozentuale Anteil der Staatseinnahmen am BIP lagen 1996 mit 62,1% weit über dem deutschen Niveau (45,3%) und war doppelt so hoch wie in den USA (Ganßmann/Haas 2001: 285). Allein für die Arbeitsmarktpolitik gab der schwedische Staat 1997 etwa zehnmal soviel aus wie die US-Regierung, nämlich 4,52% des BIP. In Deutschland waren es 3,79% (Ganßmann/Haas 2001: 269). Dabei fällt auf, dass für die aktive Arbeitsmarktpolitik mehr Mittel aufgewendet werden als für die passive. Hier trifft Streeck zweifellos einen neuralgischen Punkt der deutschen Situation, wenn er bemängelt, dass die aktive Arbeitsmarktpolitik vernachlässigt und die Bereitschaft, nach längerer Arbeitslosigkeit wieder eine Tätigkeit aufzunehmen, nicht systematisch gefördert werde. Um das zu ändern, muss man aber nicht, wie es Streeck vorschwebt, den Teufel mit dem Beelzebub austreiben, indem man den Druck auf die Arbeitslosen erhöht, ohne ihnen jedoch angemessene Arbeitsplätze anzubieten: Außer Deregulierung – und das kann ja nur Einschränkung des Kündigungsschutzes, Anziehen der Zumutbarkeitsschraube, Einstiegslohne unter Tarifniveau usw. heißen – fällt Streeck aber nichts ein, um die "Leistungsfähigkeit des Arbeitsmarktes" (Streeck 2004a: 59) zu erhöhen. Derartige Maßnahmen hält er, fasziniert durch die "gute" Seite seines Amerika-Bildes, offensichtlich für das Allheilmittel gegen die Gebrechen des "deutschen Modells". Auch in Schweden erhöhte sich Anfang der neunziger Jahre unter der liberal-konservativen und teilweise sogar unter der dann folgenden sozialdemokratischen Regierung der Druck auf die abhängig Beschäftigten und insbesondere die Erwerbslosen. Eine monetaristische Politik verstärkte die Tendenzen der Flexibilisierung und Deregulierung

und löste damit ein drastisches Anwachsen der Arbeitslosigkeit, Einschnitte ins soziale Netz und Veränderungen der industriellen Beziehungen aus. Jahrzehntlang hatte der korporatistische "Historische Kompromiss zwischen Kapital und Arbeit" (Kjellberg 2002: 370) aus den 1930er Jahren, der im "Saltsjöbaden Abkommen" 1938 besiegelt wurde, die industriellen Beziehungen des Landes geprägt. Das dort institutionalisierte System der staatlich flankierten Selbstregulierung durch die kollektiven Akteure von Kapital und Arbeit auf zentraler Ebene wurde inzwischen insofern modifiziert, als der Einfluss der zentralen Dachverbände sowohl der Arbeitgeber (SAF) als auch der Gewerkschaften (LO, TCO, SACO) zurückging und sich das Gewicht der Verhandlungen stärker auf die sektorale und betriebliche Ebene verlagerte. Von einer allgemeinen, für die Gewerkschaften bedrohliche Tendenz zur "Verbetrieblichung" der Arbeitsbeziehung, wie sie gegenwärtig in Deutschland zu beobachten ist und von Streeck als *fait accompli* hingenommen wird (Streeck 2001), ist Schweden allerdings weit entfernt. Zwar versuchen die Arbeitgeber, den Mechanismus institutionalisierter Schlichtung auszubauen, die Deregulierung des Arbeitsmarktes zu forcieren, das Streikrecht einzuschränken, um so die Handlungsfähigkeit der Gewerkschaften zu untergraben, aber deren Einfluss ist unverändert groß und ihre organisatorische Stärke hat – antizyklisch zum europäischen Trend – während der letzten Jahre sogar noch zugenommen. Dass es in Schweden gelang, den freien Fall des Sozialstaats, der Beschäftigung und der Einkommen aufzuhalten, die Marginalisierung am Arbeitsmarkt zu begrenzen und die Schere sozialer Ungleichheit, wenn nicht zu schließen, so doch nicht weiter zu öffnen, ist nicht zuletzt auf konfliktfähige, als kollektive Akteure öffentlich anerkannte Gewerkschaften zurück zu führen. Im Widerspruch zu Streeck, demzufolge der Konflikt- und Handlungsfähigkeit der Gewerkschaften im nationalen Rahmen durch die Hegemonie globalisierter Märkte der Boden entzogen wird, kann man von Schweden lernen, dass die Gewerkschaften sogar in "kleinen" Ländern nicht zum Schicksal des von einer Niederlage zur anderen taumelnden Verlierers verdammt sind. Da Streeck nicht einmal mehr die Frage stellt, ob der Transformationsprozess zu einer postfordistischen Produktionsweise vielleicht neue, bisher nicht wahrgenommene, kollektive Widerstandspotentiale der Beschäftigten, Arbeitslosen und Gewerkschaften enthält, muss er die Perspektive einer "egalitären Verteilung von industriellen Bürgerrechten in der Gesellschaft" (Streeck 2001: 312) aufgeben und kann in Gewerkschaften, Mitbestimmung und Betriebsverfassung nur noch Fremdkörper in einer Welt der corporate citizens und global players entdecken.

1.4 Einige Legenden: zu niedrige Arbeitszeiten, zu hohe Lohnnebenkosten, „Nichtfinanzierbarkeit“ des Sozialstaates

Neben der behaupteten Erstarrung des Arbeitsmarktregimes und der industriellen Beziehungen sind es vor allem die Arbeitszeiten in Deutschland, auf die sich Streeck eingeschossen hat: "Im Vergleich zwischen Deutschland und den USA, um den es ja hier vor allem geht,

bleibt festzuhalten, dass die Amerikaner auf die Wohlstandsverluste der späten siebziger und achtziger Jahre mit einer Erhöhung ihres Arbeitseinsatzes, wir dagegen mit einer Verminderung desselben reagiert haben" (Streeck 2004a: 60). In Deutschland leiste man sich den Luxus einer "35-Stundenwoche und sechswöchigem bezahlten Urlaub", so dass man 1999 gerade auf 1500 Arbeitsstunden im Jahr gekommen sei. In den USA habe der Umfang der jährlichen Arbeitsstunden 1999 dagegen bei 1776 Stunden und in Japan bei 1842 gelegen. Damit habe in Deutschland die Arbeitszeit zwischen 1979 und 1999 um 210 Stunden abgenommen, in den USA sei sie dagegen um 71 Stunden gestiegen. Sogar in Schweden habe man jährlich über 100 Stunden mehr gearbeitet als in Deutschland. Was ist das niederschmetternde Ergebnis von "Frühverrentung und Arbeitszeitverkürzung"? Nach Streecks Meinung haben sie wesentlich dazu beigetragen, "das deutsche Beschäftigungssystem für die Außenseiter zu schließen" (Streeck 2004a: 60), und so das Versagen des "deutschen Modells" verursacht.

Streecks Philippika wirkt auf den ersten Blick überwältigend, zumal sie die in der traditionellen Arbeitsethik der Deutschen tief verwurzelte Angst vor Müßiggang als aller Laster Anfang bedient und Arbeitszeitverkürzungen unter Generalverdacht stellt. Betrachtet man die Frage der jährlichen Arbeitszeiten, ihrer Vergleichbarkeit und statistischen Validität, so verliert das Menetekel luxuriös kurzer Arbeitszeiten seine anfängliche Bedrohlichkeit. Zwar verzichtet Streeck vorsorglich auf eine Quellenangabe für seine Daten, aber bei diesem Stockfehler sollte man sich nicht lange aufhalten. Dass die jährliche Arbeitszeit in Deutschland relativ niedrig ist, muss nicht bestritten werden, sagt für sich genommen aber zunächst einmal überhaupt nichts aus und kann deshalb auch nicht als Beweis für sinkenden Lebensstandard, Segmentierung des Arbeitsmarktes und mangelnde Produktivität herhalten. Steffen Lehndorff, einer der besten deutschen Kenner der Arbeitszeitproblematik, hat darauf hingewiesen, dass die betrieblich vereinbarten Arbeitszeiten erheblich länger sind als die tarifvertraglichen, Deutschland bei einem Vergleich auf dieser Basis unter den EU-Ländern einen Mittelplatz einnimmt und mit 39,9 Stunden exakt dem EU-Durchschnitt entspricht (Lehndorff 2003: 6). Ein ähnliches Bild ergibt sich, wenn man statt der tarifvertraglichen Jahresarbeitszeit (TJZ) die sogenannte "gewöhnliche Jahresarbeitszeit" (GJZ) zugrundelegt, die die normalerweise geleistete Wochenarbeitszeit sowie die Urlaubs- und Feiertage umfasst (Schief 2004). Die GJZ kommt der faktischen Arbeitszeit näher als die eher formale Erfassung durch die TJZ. Gemäß den Kriterien der GJZ liegt Deutschland unter den 15 EU-Ländern im Jahr 2002 mit 1760 jährlichen Arbeitsstunden an 9. Stelle und damit unter anderem vor Dänemark, den Niederlanden und Frankreich. Setzt man darüber hinaus die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden ins Verhältnis zur Arbeitsproduktivität, so zeigt sich, dass sich konträr zu den Vermutungen Streecks niedrigere Arbeitszeiten und relativ hohe Arbeitsproduktivität keineswegs gegenseitig ausschließen. Länder wie Deutschland, Belgien, die Niederlande und Frankreich mit einem niedrigeren Niveau der wöchentlichen Arbeitszeit weisen eine hohe Arbeitsproduktivität auf, während Großbritannien und Spanien mit den längsten wöchentlichen Arbeitszeiten in der Arbeitsproduktivität weit hinter dem EU-Durchschnitt herhinken (Lehndorff 2003: 6). Kontrastiert man diese Befunde mit den Auffassungen Streecks, die er als keinen Zweifel dulden-

des Verdikt verkündigt, so lassen sich einige Schlussfolgerungen ziehen, die der Streeckschen Diagnose entgegenstehen: Erstens ist die These nicht haltbar, dass unverhältnismäßig niedrige Arbeitszeiten als „Stilllegung von Arbeitskraft“ begriffen werden können, die höhere Arbeitskosten verursachen und einen Anstieg der Arbeitslosigkeit bewirken. Zweitens trifft es nicht zu, dass kürzere Arbeitszeiten als Produktivitätsbremse wirken, vielmehr erweisen sie sich als "Produktivitätspeitsche" (Lehndorff). Drittens geht Streeck mit keinem Wort darauf ein, dass die Senkung der tariflichen Arbeitszeit in den 80er Jahren mit einer erheblichen Flexibilisierung der Arbeitszeiten einher gegangen ist und damit den Unternehmen einen effizienteren und kostengünstigeren Einsatz von Arbeitskräften ermöglichte. Schließlich ist daran zu erinnern, dass, obwohl die Arbeitszeiten in Westdeutschland seit Mitte der neunziger Jahre gestiegen sind, von einer Entlastung des Arbeitsmarktes nichts zu spüren ist, obwohl gerade das nach Streeck hätte eintreten müssen. Die aktuelle Offensive der Unternehmen und ihrer Verbände, die wöchentliche Arbeitszeit auf 40, 50 und sogar 60 Stunden – wie etwa bei der Süßwarenfabrik Nappo – hochzuschrauben, wird die Arbeitslosigkeit nicht verringern, sondern weiter anschwellen lassen, da die Unternehmen Neueinstellungen so vermeiden können. Abbau von Überstunden, Verkürzung der Arbeitszeit und Umverteilung der Arbeit zugunsten der Arbeitslosen bleiben deshalb auch zukünftig die arbeitszeitpolitisch notwendige Perspektive. Ihre praktische Realisierung ist aber ohne politische Mobilisierung, durchsetzungsfähige Gewerkschaften, solide verankerte betriebliche Interessenvertretungen und schließlich ohne einen Staat, der sich für mehr Verteilungsgerechtigkeit engagiert, nicht zu haben. Für Streeck sind dies alles Relikte aus der grauen Vorzeit der sechziger und siebziger Jahre, die, wolle man sie heute wiederbeleben, die Misere des Arbeitsmarktes nur vergrößern würden.

Das Argument sträflich niedriger Arbeitszeiten ergänzt er durch eine ganze Batterie von Behauptungen, Klischees und Mutmaßungen, die inzwischen zum gängigen Repertoire aller erklärten Gegner des Sozialstaats gehören. Von ihnen möchte er sich zwar unterscheiden, aber was er schreibt, läuft in seiner Substanz auf dasselbe hinaus: Die Arbeitskosten, insbesondere die "gigantischen" Lohnnebenkosten, lassen die Arbeitslosigkeit emporschnellen. Sie verhindern die Expansion des Dienstleistungssektors. Die hohen Sozialabgaben sind der Treibsatz für ein exorbitantes Ausmaß der Schwarzarbeit. Der Sozialstaat ist nicht mehr finanzierbar.

Diesen ja keineswegs originellen Behauptungen ist Folgendes zu entgegnen.

1. Die "echte Quote" der Lohnnebenkosten (Anteil der Lohnnebenkosten an den gesamten Arbeitskosten) ist im Zeitraum zwischen 1972 und 2002 um gerade einmal 8 Prozentpunkte gestiegen, wobei ein überproportionales Anwachsen nur für die Zeit von 1972 bis 1981 zu verzeichnen ist (Bontrup 2004: 316). Hinzu kommt, dass die These der überhöhten Lohnnebenkosten abstrakt bleibt, wenn das Verhältnis von Löhnen und Arbeitsproduktivität nicht berücksichtigt wird und die Entwicklung der Lohnstückkosten bei internationalen Vergleichen herausfällt. Seit 1996 sind die

Lohnstückkosten in Deutschland konstant geblieben, während sie in den USA um 4,6% und in Großbritannien um 5,8% zunahmen (Bontrup 2004: 314).

2. Schon seit längerem liebäugelt Streeck mit der Schaffung eines subventionierten, möglichst auch von den Gewerkschaften abgesegneten Niedriglohnssektors im tertiären Bereich. Abgesehen von dem prinzipiellen Einwand, dass Niedriglöhne unter dem Gesichtspunkt der Lohngerechtigkeit überhaupt nicht einsehbar sind, sprechen auch die empirischen Tatsachen gegen die Annahme, dass von Lohnspreizung und Lohnsubventionierung positive Beschäftigungseffekte ausgehen (Schäfer 2000: 543). Selbst in den USA lässt sich die von Streeck angepriesene Expansion des Dienstleistungssektors nicht primär auf Niedriglöhne zurückführen, sondern auf die zusätzliche Beschäftigung vor allem besser Qualifizierter (Bosch/Weinkopf 2000: 7 ff.).
3. Schattenwirtschaft, illegale Beschäftigung und Schwarzarbeit haben zweifellos enorm zugenommen. Das trifft mehr oder weniger auf alle modernen Industriestaaten zu. Nicht allein zu hohe Sozialabgaben und der überbezahlte Faktor Arbeit sind aber die Ursache dafür, sondern hohe Arbeitslosigkeit, stagnierende oder sinkende Einkommen geben immer mehr Menschen Anlass, in die Verrichtung von Schwarzarbeit auszuweichen. In Phasen der relativen Vollbeschäftigung und steigender Realeinkommen hat kein Hahn nach Schwarzarbeit gekräht. Auch wird Schwarzarbeit unter welchen Arbeitsmarktbedingungen auch immer konkurrenzlos günstig bleiben. Auf die Idee, sie stärker sozial oder juristisch zu sanktionieren, verfällt Streeck aber nicht. Dies würde auch nicht zum diesbezüglichen Klima in der öffentlichen Diskussion passen, in der das Vorhaben der Bundesregierung, Schwarzarbeit stärker zu kontrollieren, vor allem bei den Vermögenden und Besserverdienenden mit einem Schrei der Empörung quittiert und von der Bundesregierung unverzüglich wieder aufgegeben wurde.
4. Die "Nichtfinanzierbarkeit des Sozialstaats" ist einer der am häufigsten vorgetragenen Rechtfertigungen, um den Sozialstaat zu "verschlanken". Auch Streeck bedient sich des Topos der "Nichtfinanzierbarkeit", dessen politikrhetorische Funktion darin besteht, an gesellschaftliche Tugenden wie Sparsamkeit, Selbstbeschränkung und Verzichtsbereitschaft zu appellieren. Der Sozialstaat ist allerdings dann tatsächlich nicht mehr bezahlbar, wenn man die Kanäle verschließt, auf denen eigentlich die Mittel in die Staats- und Sozialkassen fließen sollen. Genau das aber ist in den letzten Jahren geschehen. Die "Arbeitsgruppe alternative Wirtschaftspolitik" wird nicht müde, auf den "Steuersenkungswettbewerb" hinzuweisen, in den die sozialdemokratisch-grüne Regierung eingetreten ist. Wäre nach den Berechnungen der Arbeitsgruppe die Steuerquote im Jahre 2003 genau so hoch gewesen wie im Jahr 2000, hätte der Staat schon allein durch diese Differenz über steuerliche Mehreinnahmen von 43 Mrd. Euro verfügen können (Arbeitsgruppe alternative Wirtschaftspolitik 2004: 134). Dass die Krise des Sozialstaats auf eine

gigantische Umverteilung der Steuerlasten zugunsten der privaten Unternehmen und Vermögen, auf eine sinkende Lohnquote und Bruttolohnsumme (als Einnahmebasis der Sozialversicherungen) und schwindende Kaufkraft der Nettoeinkommen aus abhängiger Arbeit (vgl. Bontrup 2004: 317) zurückzuführen ist, will Streeck nicht wahrhaben, weil er selbst von den Prämissen ausgeht, die die Umverteilung zu Lasten des Sozialstaats legitimieren. Es ist von geradezu befremdlicher Evidenz, dass die Verteilungsrelationen der gesellschaftlichen Wertschöpfung, wie sie sich zum Beispiel in den Anteilen von privaten Gewinn- und Vermögenseinkommen und Lohnquote ausdrücken, am Denkhorizont von Streeck überhaupt nicht auftauchen, geschweige einer Erörterung für nötig erachtet würden.

1.5 Ein neoliberales Menschenbild

Im zweiten Teil des Beitrags widmet sich Streeck dem "moralischen Kernproblem" des Themas, der sozialen Gleichheit. Fast widerwillig räumt er ein, dass die Lohnspreizung in den USA während der beiden letzten Dekaden zugenommen hat, in Deutschland dagegen zurückging (Streeck 2004a: 64). Er bestreitet nicht, dass der Wohlfahrtsstaat ein "geeignetes Mittel" sei, Ungleichheit zu verringern, um diese Erkenntnis aber sogleich zu widerrufen; denn für "unseren Wohlfahrtsstaat" gelte das nicht nur nicht mehr, sondern seine Beibehaltung treibe im Gegenteil den Keil sozialer Spaltung immer tiefer in die Gesellschaft. Wie lässt sich diese widersprüchliche Argumentation entwirren? Streeck meint Folgendes: das herrschende Arbeitsmarktregime halte zwar kurzfristig mit seinen Transferleistungen eine Verschärfung von Ungleichheit auf, zementiere sie aber auf Dauer, indem es die "stillgelegte Arbeit" vom Arbeitsmarkt ausgrenze und dadurch vermehrt soziale Ungleichheit produziere. Unter dieser Bedingung laufe die moralische Entrüstung über die amerikanischen "working poor" ins Leere, weil das Scheitern des "deutschen Modells" selbst schon längst jene "working poor" hervorbringe, die man hier noch immer nur in den USA vermute. Wenn man aber die deutschen "working poor" schon habe, so denkt Streeck, könne man durch Deregulierung, Absenkung von Tarifstandards und Rücknahme sozialer Statusansprüche wenigstens mehr Menschen in Beschäftigung bringen. Das sei immer noch besser und egalitätsnäher, als den Ausschluss potentieller Arbeitskräfte durch administrative Alimentierung zu verewigen. Insofern müsse das Kriterium der Zumutbarkeit von Arbeit neu definiert und vom Odium des Zwanges und der Bevormundung befreit werden. Wer weiter das "alte Regime" und das bisherige Kriterium von Zumutbarkeit verteidige, mache sich mitschuldig daran, dass, wie Streeck Goethe zitierend warnt, aus "Vernunft Unsinn und Wohltat Plage" wird. Was folgt jedoch daraus?

Streeck empfiehlt, sich bei der "Betrachtung der amerikanischen Verhältnisse den Luxus der einen oder anderen kreativen Intuition zu gönnen" (Streeck 2004a: 65). Wer aber auf Kostproben dieser Intuition wartet, tut es vergeblich. Streecks großspurige Verheißung

schrumpft auf Andeutungen zusammen, die eigentlich nur das wiederholen, was für den amerikanischen Arbeitsmarkt seit eh und je typisch ist: Öffnung für Niedriglöhner, Statusnormalisierung der "working poor", Deregulierung der Arbeitsbeziehungen, längere Arbeitszeiten, uneingeschränkte Mobilitätsbereitschaft, mehr Wettbewerb. Warum man dafür "kreative Intuitionen" braucht, bleibt Streecks Geheimnis. Offensichtlich hat er aber selbst gespürt, dass seine Sympathie für die amerikanischen Verhältnisse so krass von europäischen Gleichheits- und Solidaritätsvorstellungen abweicht, dass es ihm doch geraten schien, seinen Standpunkt mit folgenden Worten zu relativieren: "Möglicherweise wäre es ratsam, in Zukunft nach einem Solidaritätsbegriff zu suchen, der mehr auf Gleichheit der Chancen als der Ergebnisse abstellt" (Streeck 2004a: 66). Dieser Satz enthält trotz der vagen Formulierung einen harten Kern, nämlich die Abkoppelung des Gleichheitsbegriffs vom Umfang der materiellen Lebensressourcen. Indem Gleichheit auf den diffusen Begriff der sozialen Chancen verlagert wird, verflüchtigt sich die Frage nach der Verteilung des materiellen gesellschaftlichen Reichtums zu einer Angelegenheit von sekundärer Bedeutung. Damit entfällt die Notwendigkeit einer materiellen Fundierung sozialer Gleichheit durch egalisierende Zuteilung privater und öffentlicher Güter. Auch diese Idee ist keineswegs "kreativ". Sie findet sich schon seit längerem in jenem sozialdemokratisch-neoliberalen Diskurs, der dem Kampf um Umverteilung zugunsten benachteiligter sozialer Klassen abgeschworen und ihn, wie der sozialwissenschaftliche Berater des britischen Premierministers Blair, der Soziologe Anthony Giddens, durch eine Rhetorik sozialer Inklusion ohne materielle Konsequenzen ersetzt hat: "Wie also sollte man Gleichheit definieren? Die neue Politik bestimmt Gleichheit als Inklusion und Ungleichheit als Exklusion. Diese Begriffe sind erläuterungsbedürftig. Inklusion meint in seiner allgemeinsten Bedeutung die bürgerlichen und politischen Rechte und Pflichten, die jedes Mitglied der Gesellschaft nicht nur formal, sondern in seiner Lebenswirklichkeit haben sollte. Sie erstreckt sich auch auf Chancengleichheit und öffentliche Mitsprache. In einer Gesellschaft, in der Arbeit für die Selbstachtung und den Lebensstandard ausschlaggebend sind, ist der Zugang zu ihr ein wesentliches Moment der Chancengleichheit" (Giddens 1999: 120/121).

Der Entmaterialisierung des Gleichheitsbegriffs entspricht ein moralisierender Appell Streecks, mit dem er die vom Sozialstaat angeblich verblendeten oder zur Lethargie verurteilten Bürger aufrütteln will, sich den Optimismus der Amerikaner zu Eigen zu machen. Er hält den Deutschen den Spiegel amerikanischer Tatkraft und Risikobereitschaft vor und ruft sie auf, es den Leuten jenseits des Atlantik gleichzutun, wenn sie aus der Krise herauswollten, denn die "kulturelle Grundausstattung" der Amerikaner sei ein "tiefverwurzelter Optimismus". Aber wer hat in den USA tatsächlich Grund zum Optimismus? Sind es die illegalen Einwanderer aus Mexiko, die unter Lebensgefahr die Grenze überschreiten, die Bewohner der Großstadt-Ghettos, die Arbeitslosen und Empfänger von Lebensmittelmarken, die ledigen Mütter ohne Job, die "working poor" und die Strafgefangenen, deren Zahl siebenmal höher ist als die Europas (Schäfer 2000: 547)? Es ist soziologisch entlarvend, dass die konkreten Beispiele, die Streeck einfließen lässt, sich auf diejenigen beziehen, die

tatsächlich ungleich weniger Anlass haben, in Fatalismus zu verfallen, nämlich die Mittelschichten. Sollten aber nach der Meinung Streecks nicht gerade die Langzeitarbeitslosen und Sozialhilfeempfänger Zuversicht und Initiativegeist aufbringen? Darauf wird man aber lange warten können, solange der von Streeck ersehnte Optimismus keine materielle Grundlage bekommt, also solange der Staat keine wirksame aktive Arbeitsmarktpolitik betreibt *und* gleichzeitig die Unternehmen politisch veranlasst werden, ein den deutschen Sozial- und Einkommensstandards angemessenes Angebot an Arbeitsplätzen zu machen. Ausreichende sozialstaatliche Sicherung, eine finanziell gut ausgestattete aktive Arbeitsmarktpolitik und eine sanktionierbare Verpflichtung der privaten und öffentlichen Unternehmen, Arbeitsplätze zu schaffen, müssen zusammenwirken, damit auch nur ein Hauch von jenem Optimismus spürbar werden kann, den Streeck postuliert. Dann, aber nur dann könnte das Prinzip des „workfare“, das sich bisher meist gegen den Sozialstaat richtete, unter bestimmten Bedingungen gerechtfertigt sein.

Dass die Amerikaner trotz wesentlich längerer Arbeitszeiten und hoher Erwerbsquote dem Leben weniger larmoyant und resignativ begegnen wie die Deutschen, will Streeck schließlich noch mit der hohen Geburtenrate in den USA belegen und sendet so zwischen den Zeilen folgende Botschaft: man braucht keinen kostspieligen deutschen Sozialstaat, damit die demografische Kurve nach oben geht, sofern man auf dem Arbeitsmarkt nur kein Trübsal bläst. Aus mehreren Gründen ist der Hinweis auf die amerikanische Geburtenrate als Indikator für Zukunftsoptimismus und kollektive Lebensbejahung jedoch fragwürdig. Erstens versäumt Streeck, die amerikanische Geburtenrate soziologisch aufzuschlüsseln. Zweitens deutet er das Fehlen einer staatlichen Infrastruktur der Kinderbetreuung in den USA als Beleg seiner Optimismus-These und drittens übergeht er die Tatsache, dass es auch in Westeuropa Länder gibt, die eine hohe Geburtenrate aufweisen. Hierbei tritt eine hohe Korrelation von Geburtenrate, Erwerbsbeteiligung von Frauen, Infrastruktur und sozialstaatlichen Leistungen hervor. In Schweden ist die Geburtenrate mit 1,65% im Jahr 2002 deutlich höher als in Deutschland mit 1,31% (Eurostat 2004: 78) und wesentlich konstanter. Dies hat seine Ursache gewiss nicht nur, aber doch in ganz erheblichem Maß in der wohlfahrtsstaatlichen Unterstützung vor allem berufstätiger Eltern und in einem vorbildlichen System der öffentlichen Kinderbetreuung, das die Zahl der Plätze seit 1975 um das Zehnfache gesteigert hat, während gleichzeitig der Elternurlaub auf 16 Monate (2002) verlängert wurde (vgl. Jönsson 2002: 178). In Frankreich, das ja ebenfalls ein ausgebautes System sozialer Sicherung besitzt, liegt die Geburtenrate bei fast 1,9% und damit knapp unter der amerikanischen Quote von 2%. Das Fehlen sozialstaatlicher Institutionen und Leistungen geradezu als Stimulus der Gebärfreudigkeit zu interpretieren, wie es Streeck nahe legt, grenzt an modernen Malthusianismus, passt aber durchaus in ein Konzept, das mit dem "deutschen Modell", das verächtlich als "ancien régime" und "Bismarckscher Sozialstaat" etikettiert wird, ein für allemal tabula rasa machen will. Streeck scheut sich nicht, auf der Klaviatur des Populismus zu spielen, um seine neoliberale Grundorientierung attraktiv zu machen. Deshalb darf nicht einmal die Behauptung fehlen, dass die Amerikaner stolz darauf seien, dass ihre Kinder ohne

Stipendium studieren, auch wenn sie sich dabei verschulden. Ob er es will oder nicht, hinter solchen Phrasen zeichnen sich die Umriss des von Richard Sennett (Sennett 2000) und Arlie Russel Hochschild (Hochschild 2002) eindrucksvoll beschriebenen „flexiblen Menschen“ ab, der seine subjektiven Bedürfnisse radikal den Anforderungen eines deregulierten Arbeitsmarktes unterordnet. Aber während Sennett und Hochschild die Fragwürdigkeit und Destruktivität des „flexiblen Menschen“ herausarbeiten, idealisiert Streeck ihn zum Leitbild der Zukunft.

Auch wenn Streeck gegen Ende seines Beitrags schreibt, dass "auch amerikanische Lösungen (...) nicht der Weisheit letzter Schluss" (Streeck 2004a: 67) seien, so ist dies als bloßes Lippenbekenntnis zu werten; denn nirgends entwickelt er Vorschläge, die als echte Alternative zu den amerikanischen Verhältnissen und als Verteidigung des Sozialstaats statt eines Plädoyers für seine Demontage verstanden werden könnten. Mit „Hire and fire“ reiht sich Streeck in die sowohl in den Sozialwissenschaften als auch in der öffentlichen Diskussion immer weiter anschwellende Gruppe neoliberaler Autoren ein, die die Sozial- und Arbeitsmarktpolitik aus dem widersprüchlichen Verhältnis von kapitalistischen Verwertungsinteressen und dem kollektiven Bedürfnis nach sozialer Sicherheit, Beschäftigung und menschenwürdigen Arbeitsbedingungen herauslösen, um sie den Imperativen globaler Märkte zu opfern.

1.6 Literaturverzeichnis

- Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (2004): Memorandum 2004. Beschäftigung, Solidarität und Gerechtigkeit – Reform statt Gegenreform, Köln
- Bontrup, Heinz-J. (2004): Zu hohe Löhne und Nebenkosten. Eine ökonomische Mär. In: WSI-Mitteilungen, 6, S. 313-318
- Bosch, Gerhard/Claudia Weinkopf (2000): Niedriglöhne oder Innovation – ein Beitrag zur aktuellen Debatte über die Zukunft der Erwerbsarbeit, Gelsenkirchen
- Castel, Robert (2000): Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit, Konstanz
- Dahrendorf, Ralf (1983): Wenn der Arbeitsgesellschaft die Arbeit ausgeht. In: Joachim Matthes (Hrsg.): Krise der Arbeitsgesellschaft? Verhandlungen des 21. Deutschen Soziologentages in Bamberg 1982, Frankfurt/New York, S. 25-37
- Esser, Josef (1982): Gewerkschaften in der Krise. Die Anpassung der deutschen Gewerkschaften an neue Weltmarktbedingungen, Frankfurt am Main
- Eurostat (2004): Bevölkerungsstatistik 2004. Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaft, Luxemburg
- Gaßmann, Heiner/Michael Haas (1999): Arbeitsmärkte im Vergleich. Rigidität und Flexibilität auf den Arbeitsmärkten der USA, Japans und der BRD, Marburg
- Gaßmann, Heiner/Michael Haas (2001): Arbeitsmärkte im Vergleich II. Flexibilität und Rigidität der Arbeitsmärkte in den Niederlanden, Dänemark und Schweden, Marburg
- Giddens, Anthony (1999): Der dritte Weg. Die Erneuerung der sozialen Demokratie, Frankfurt

- (engl. 1998)
- Hochschild, Arlie Russell (2002): Work-Life Balance. Keine Zeit. Wenn die Firma zum Zuhause wird und zu Hause die Arbeit wartet. Opladen 2002
- Huffschnid, Jörg (1996): Arbeit im Zerfall – Stimmungen und Tatsachen aus den USA. In: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Nr. 26, S. 17-28
- Iw-trends (2001): Die sozialpolitischen Reformen der USA in den 90er-Jahren und ihre Wirkungen, Nr. 2, S. 87-103
- Jönsson, Ingrid (2002): Vereinbarkeit von Berufs- und Familienleben in Schweden. In: WSI-Mitteilungen, 3, S. 176-183
- Kalmbach, Peter (2001): Höhere Arbeitsmarktflexibilität oder flexiblere Wirtschaftspolitik?: Zu den Ursachen der unterschiedlichen Beschäftigungsentwicklung in den USA und in Deutschland, hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn
- Kjellberg, Anders (2002): Schwedische Gewerkschaften vor Herausforderungen. In: Jeremy Waddington/Reiner Hoffmann (Hrsg.): Zwischen Kontinuität und Modernisierung. Gewerkschaftliche Herausforderungen in Europa, Münster (2. Aufl.), S. 370-401
- Koch, Max (2003): Arbeitsmärkte und Sozialstrukturen in Europa. Wege zum Postfordismus in den Niederlanden, Schweden, Spanien, Großbritannien und Deutschland, Wiesbaden
- Kommission Mitbestimmung (1998b): Mitbestimmung und neue Unternehmenskulturen: Bilanz und Perspektiven. Bericht der Kommission Mitbestimmung, Gütersloh
- Lehndorff, Steffen (2003): Wie lang sind die Arbeitszeiten in Deutschland? Fakten und Argumente zur aktuellen Debatte über Arbeitszeitverlängerungen. In: IAT-Report, 07, S. 1-8
- Lüthje, Boy/Christoph Scherrer (2003): Rassismus, Immigration und Arbeiterbewegung in den Vereinigten Staaten. In: PROKLA 130, S. 97-118
- Naglo, Kristian (2003): Die Erneuerung der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung. Strategische Revitalisierung und Kollektivverhandlungen. In: Industrielle Beziehungen 10. Jg., H. 3, S. 438-458
- Neubäumer, Renate (2000): Der amerikanische Arbeitsmarkt – ein Modell für die Bundesrepublik Deutschland? In: Hartmut Berg (Hrsg.): Arbeitsmarkt und Beschäftigung: Deutschland im internationalen Vergleich, Berlin, S. 147-189
- OECD (2004): OECD Employment Outlook (Statistical Annex)
- Schäfer, Claus (2000): Niedrigere Löhne – bessere Welten? In: WSI-Mitteilungen, 8, S. 534-551
- Schief, Sebastian (2004): Jahresarbeitszeiten als Standortindikator? Hintergründe zur fragwürdigen Nutzung internationaler Vergleiche. In: IAT-Report; 03, S. 1-9
- Sennett, Richard (2000): Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus, Berlin (engl. 1998)
- Siegel, Nico A (2002): Baustelle Sozialpolitik. Konsolidierung und Rückbau im internationalen Vergleich, Frankfurt/New York
- Sombart, Werner (1906): Warum gibt es in den Vereinigten Staaten keinen Sozialismus?, Tübingen
- Streeck, Wolfgang (1998a): Das Zukunftsmodell – der Flächentarifvertrag. In: Gewerkschaftliche Monatshefte, H. 1, S. 6-18
- Streeck, Wolfgang (1999a): Korporatismus in Deutschland. Zwischen Nationalstaat und Europäischer Union, Frankfurt/New York
- Streeck, Wolfgang (2001): Kontinuität und Wandel im deutschen System der industriellen

- Beziehungen: Offene Fragen. In: Arbeit, H. 4, Jg. 10, S. 299-313
- Streeck, Wolfgang (2003): No Longer the Century of Corporatism. Das Ende des „Bündnisses für Arbeit“. MPIfG Working Paper 03/4, Mai 2003
- Streeck, Wolfgang (2004a): Hire and fire. Ist der amerikanische Arbeitsmarkt ein Vorbild für Deutschland. In: Berliner Republik, H. 3, S. 56-67
- Streeck, Wolfgang (2004b): Der amerikanisierte Arbeitsmarkt. In: Frankfurter Rundschau 12.06.2004
- Streeck, Wolfgang/Rolf Heinze (1999b): An Arbeit fehlt es nicht. In: Der Spiegel, 19, S. 38-45
- Thunert, Martin (2003): Wirtschaftsentwicklung und Wirtschaftspolitik in den USA unter der Clinton-Administration. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Internetausdruck

*Rainer Dombois, André Holtrup, Peter Mehlis,
Lothar Peter, Claudia Reihert, Helmut Spitzley,
Jenna Voss, Günter Warsewa:*

**Dokumentation der Diskussion über den Beitrag „Hire
and Fire. Ist der amerikanische Arbeitsmarkt ein Vorbild
für Deutschland?“ von Wolfgang Streeck.**

An der Diskussion am 24.08.2005 nahmen folgende Mitglieder der Forschungseinheit Wandel der Arbeitsgesellschaft (FeA) am Institut Arbeit und Wirtschaft teil:

Prof. Dr. Rainer Dombois

Dipl. Soz. André Holtrup

Dipl. Soz. Peter Mehlis

Prof. Dr. Lothar Peter

Prof. Dr. Helmut Spitzley

Dipl. Soz. Claudia Reihert

M.A. Soz. Jenna Voss

Dr. Günter Warsewa

Günter Warsewa:

Die Verabredung war, dass Rainer Dombois erläutert, was wir von den ketzerischen Ideen von Herrn Streeck eigentlich haben könnten und warum wir sie diskutieren sollen. Und dann wollen André Holtrup und Helmut Spitzley dies aus ihrer Sicht kommentieren. Das ist erst einmal ein guter Einstieg. Damit fangen wir jetzt einfach an.

Rainer Dombois:

Ich will erst mal sagen, warum ich das interessant finde und werde dann die Argumentationskette von Streeck sehr schematisch vorstellen. Ich bitte, dass wir zunächst die Argumentationskette diskutieren, bevor wir dann zu den Fragen der Rezepte und der politischen Folgerungen kommen. Ich glaube, das ist sinnvoll und André hat sich stärker auf diesen zweiten Teil konzentriert, so dass sich das eigentlich ganz gut ergänzt.

Es ist klar: dies ist ein Aufsatz, der ins Zentrum der gegenwärtigen Diskussion zielt, der also von einer bestimmten Misere auf dem Arbeitsmarkt ausgeht, die zwischen uns allen unstrittig ist. Nämlich eine sehr hohe Arbeitslosigkeit, eine sehr starke Verfestigung von Arbeitslosigkeit - also Langzeitarbeitslosigkeit -, gleichzeitig haben wir praktisch seit Jahrzehnten eine sehr niedrige Beschäftigungsquote, vor allem von Frauen, die zwar gestiegen ist, aber im internationalen Vergleich noch immer beträchtlich nachhinkt. Dann ein - da weiß ich allerdings nicht, wie man das gewichten kann - offensichtlich großer Sektor von Schwarzarbeit, weiter ein großer und expandierender Sektor von ungesicherter und geringfügiger Beschäftigung, in dem die soziale Sicherung sehr schwach ist und „hire and fire“ und Niedriglöhne praktisch schon längst gelten.

Auch sind die Ausschlussmechanismen, von denen Streeck ausgeht, unstrittig. Nämlich, dass es ganz bestimmte Gruppen besonders trifft - Unqualifizierte, Frauen und Langzeitarbeitslose -, die durch die Mechanismen des Arbeitsmarktes ausgeschlossen werden.

Interessant - aber daran würde ich mich ungern lange in der Diskussion aufhalten - ist der internationale Vergleich, wo sich nach Streeck zeigt, dass in Deutschland die Misere besonders groß ist und dass nicht nur marktliberale Gesellschaften wie die USA und Großbritannien, sondern auch Wohlfahrtsstaaten diese Probleme offensichtlich besser gelöst haben als die Bundesrepublik.

Ich schlage vor, dass wir auf diesen internationalen Vergleich deshalb nicht so stark eingehen, weil die Stärke Streecks eher in der Argumentationskette liegt, die erklären soll, wie es zu dieser Misere in der Bundesrepublik kommt. Der internationale Vergleich kann die Faktoren nicht hinreichend erklären, die die Unterschiede ausmachen - und Streeck nutzt ihn ja auch eher zur Illustration. Er will damit sagen, dass er nicht - das sagt er ja auch in verschiedenen Aufsätzen - unbedingt das US-amerikanische Modell der Marktgesellschaft, der reinen Arbeitsgesellschaft, die auf Marktmechanismen aufbaut, möchte, sondern dass er sehr wohl die Notwendigkeit von wohlfahrtsstaatlichen Regelungen sieht.

Das eigentlich Interessante an dem Aufsatz ist die Erklärungsweise und die schlägt uns natürlich mitten ins Gesicht: Wir alle sind davon ausgegangen, dass Arbeitszeitverkürzung die Form ist, mit der ein Arbeitsvolumen und die arbeitsfreie Zeit gerechter verteilt wird. Streeck sagt dagegen, dass diese Politik, die seit mehr als 20 Jahren verfolgt wird, gerade zu dieser Misere beigetragen habe. Das, was wir für ein Rezept halten - nämlich die Verminderung der Arbeitslosigkeit durch Verknappung des Arbeitsangebots vor allen Dingen durch Arbeitszeitpolitik - habe Arbeit verteuert und zur Misere und den Ausschlussmechanismen beigetragen. Und das, was durch die Verknappung geschafft werden sollte, wurde nicht nur nicht geschafft, sondern sogar verhindert.

Er sagt im Grunde genommen auch - das ist eine wichtige Sache -, dass was jetzt im Zusammenhang mit der Agenda 2010 erst als Folge der gegenwärtigen Politik kritisiert wird - nämlich dass durch diese Politik working poor, Spaltung, Arbeitslosigkeit erzeugt werde - schon längst vorhanden ist: wir haben working poor, wir haben „hire and fire“, wir haben Ausschlussmechanismen, wir haben Ausgliederung. Er beißt sich an der These der „Krise der Arbeitsgesellschaft“ aus den 80er Jahren fest, die davon ausgegangen ist, dass es ein abnehmendes Arbeitsvolumen gibt. Seine Grundthese ist dem gegenüber - und dafür ist dieser internationale Vergleich natürlich aufhellend -, dass das Erwerbsarbeitsvolumen durchaus variabel ist und auch durch die Kosten gesteuert wird und keineswegs abnimmt und begrenzt ist.

Ich habe die Argumentation von Streeck – als Kausalzusammenhang – schematisch zusammengefasst, an der wir uns jetzt die Zähne ausbeißen und versuchen müssen, Argumente zu finden, weil das der eigentliche Teil ist, der dann natürlich auch für die politischen Folgerungen zentral wichtig ist.

Die Argumentation geht aus von der Debatte über die Krise der Arbeitsgesellschaft - die er für eine Chimäre hält -, die unterstellte, dass es einen langfristigen Rückgang des Erwerbsarbeitsvolumens gibt und damit das Problem einer gerechten Verteilung von Arbeit und arbeitsfreier Zeit zu einem ganz hervorragenden und zentralen Problem der Gesellschaftspolitik wird. Er setzt dann aber bei den Politiken an, die er seit den 80er Jahren als hauptsächliche Arbeitsmarktpolitiken sieht, nämlich die einer sozialpolitischen Stilllegung von Arbeitskraft oder wie er es auch nennt, der subventionierten Verknappung oder „Rationierung“ des Arbeitsangebots durch Arbeitszeitverkürzung. Da führt er die Frühpensionierung, die Wochenarbeitszeitverkürzung, die langen Urlaubszeiten an und zieht immer den internationalen Vergleich heran, um festzustellen, dass andere Wohlfahrtsstaaten das anders gemacht haben.

Diese sozialpolitische Stilllegung von Arbeitskraft hat – und das ist in Streecks Augen eine zentrale Ursache für die gegenwärtige Misere – zu einer administrierten Verteuerung von Erwerbsarbeit geführt. Administriert heißt, nicht über den Markt geregelt, sondern durch Tarifpolitik und die staatliche Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik hervorgerufen: einmal sind die Sozialabgaben - die Lohnnebenkosten - stark gestiegen, gleichzeitig hat die Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich die Löhne sehr verteuert - das wäre also die Arbeitszeitverkürzung durch Urlaub wie auch durch die wöchentliche Arbeitszeit. Zudem habe die Tarifpolitik immer darauf abgehoben, dass die Spreizung von Löhnen zwischen niedrig qualifizierten, niedrig produktiven Tätigkeiten und hoch produktiven, hoch qualifizierten Tätigkeiten sehr gering ist. Und das kann man, wenn man das im internationalen Vergleich nimmt, auch sehr gut belegen, dass die Lohnspreizung sehr viel niedriger ist als in den Ländern, wo ich es jedenfalls kenne.

Zwischenruf Lothar Peter:

Das ist ja an sich nichts Schlechtes, oder?

Rainer Dombois:

Na ja, das Interessante sind ja die Folgerungen daraus, nicht? Die Folgerungen, die er daraus zieht, sind zweierlei: Einerseits die steigenden Sozialausgaben zur Subventionierung der Stilllegung der Arbeitskraft. Es ist deutlich, dass nicht nur die Sozialversicherungen sozusagen erschöpft sind und dauernd die Beiträge erhöhen müssen, sondern ich glaube inzwischen ein Drittel des Bundeshaushalts für Sozialausgaben, d. h. Zusatzfinanzierung von Renten und Arbeitslosengeldern benutzt wird. Und er sagt, dass das natürlich auf Kosten anderer staatlicher Politiken geht, die produktiver verwandt wären, wie Bildungspolitik und anderes. Und das andere - und das sind die Hauptfolgen -, ist zweitens diese Misere auf dem Arbeitsmarkt: es gibt wegen der administrierten Verteuerung von Arbeitskraft eine geringe Nachfrage, hohe Arbeitslosigkeit und eine geringe Beschäftigungsquote im Verhältnis zu den Ländern, die er als Vergleich herangezogen hat. Es gibt insbesondere eine geringe Nachfrage im lohnintensiven Dienstleistungssektor, der der expansive Sektor überhaupt ist. Und es gibt Ausweichformen wie Schwarzarbeit oder den expandierenden Niedriglohnsektor, der die working poor inzwischen zur Realität gemacht hat. Und das wiederum sieht er als eine deutliche Ursache für eine wachsende Polarisierung der Gesellschaft durch hohe Arbeitslosigkeit und dem Ausschluss von Frauen, Niedrigqualifizierten und Langzeitarbeitslosen. Da schließt sich sozusagen der Kreis: das, was eigentlich die Krise der Arbeitsgesellschaft aufhalten sollte, hat zu einer Polarisierung der Gesellschaft, zu einer fundamentalen Ungleichheit in der Gesellschaft geführt.

Soweit die Argumentation von Streeck. Ich muss sagen, mir stellen sich sehr viele Fragen. Ich habe da keine bündigen Gegenargumente und fände es eigentlich wunderbar, wenn wir mal diese Argumentationskette aufbrechen könnten.

Jenna Voss:

Findest Du diese Argumentationskette und die Argumente, die Streeck anführt, überhaupt stringent?

Rainer Dombois:

Ich finde sie sehr stringent, aber ich weiß nicht, ob die Gewichtung der Faktoren richtig ist und ob das eigentlich hinreichende Erklärungsfaktoren sind.

Aber ich will nur eins sagen: wir haben ein Riesendefizit bei der Erklärung der Arbeitsmarktmisere. Wir rennen aber schon mit den Rezepten herum, und sagen, wir müssen die Arbeitszeit verkürzen, statt eine Erklärung zu haben. Das ist hier der große Vorteil, dass hier eine - vielleicht eine zu einfache - aber eine doch relativ komplexe Erklärung gebracht wird.

Helmut Spitzley:

Ich hatte es ja übernommen, Schwachstellen herauszuarbeiten und zu prüfen, ob die Argumentation, wie Rainer sie jetzt vorgestellt hat, wirklich stringent, elegant und schlüssig ist, wie Rainer meint.

Also es ist ein sehr suggestiver Text. Ich finde zweierlei spannend daran: einerseits ist es ein Text, der voll im Mainstream liegt, der eine Argumentation bringt, wie man sie in abgespeckter Form permanent in den Medien findet. Streeck schreibt zweifellos elegant, und es ist sozialwissenschaftlich sehr spannend, wenn jemand auf die Suche nach paradoxen Wirkungsketten geht. Ich finde aber, dass es letztlich eine ökonomische, man kann auch sagen ökonomistische Argumentation ist, ohne dass er die ökonomischen und sozialen Gegenargumente überhaupt anspricht, geschweige denn ausreichend prüft und seine Position belegt.

Seiner erste Grundthese - so wie ich den Text verstehe - heißt: es gibt genügend Erwerbsarbeitsplätze mit beliebiger Arbeitsdauer, vorausgesetzt die Löhne und Einkommen werden ausreichend gesenkt. Er greift damit ja die These einer Krise der Arbeitsgesellschaft an, die argumentiert hat, dass es angesichts der stetig hohen und kaum abweisbaren Produktivitätsentwicklung im Allgemeinen und der wachsenden Nachfrage nach Erwerbsarbeitsplätzen durch Frauen im Besonderen nicht möglich sei, auf Dauer Wachstumsraten zu erzielen, die deutlich über der langfristigen Produktivitätsrate von fast 2 Prozent liegen. Aber nur ein Wirtschaftswachstum, das über lange Zeit bei 4, 5 oder 6 Prozent läge, würde die gegenwärtige Massenarbeitslosigkeit ausreichend senken und auflösen. Aus diesem Grund und mit dem Ziel, eine wachsende gesellschaftliche Spaltung zu verhindern, müsse die prinzipiell begrenzte, jedenfalls nicht unendlich ausdehnbare Erwerbsarbeitszeit durch geeignete Steuerungsmechanismen politisch fair verteilt werden.

Diese theoretische Konzeption, die vielfältig auch empirisch untermauert ist und auch im internationalen Vergleich untermauert werden kann, schiebt Streeck, ohne sie auch nur ernsthaft zu diskutieren, einfach zur Seite, indem er platt behauptet, dieser Kampf sei gegen eine Gefahr gerichtet worden, die es nie gegeben hätte. Er setzt sich also überhaupt nicht mit dem Argument auseinander, dass Wachstumsraten von 4 oder mehr Prozent in speziellen Aufbauphasen nach Kriegen erreicht wurden, nicht aber auf Dauer gestellt werden können und unter normativen Aspekten vielleicht auch nicht sollten - Stichworte: Kommerzialisierung der Gesellschaft, Ökologie usw.

Seine zweite Grundthese heißt: der Kampf gegen Arbeitslosigkeit in Deutschland sei durch „Stilllegung“ von Arbeitskraft geführt worden und das sei gescheitert. Ich will die beiden Argumente auseinanderhalten. Als Beleg dafür, dass die Strategie der Arbeitszeitabsenkung intensiv „geführt worden (und folglich ausgereizt worden) sei“ nennt er Zahlen wie 1500 Arbeitsstunden pro Beschäftigtem im Jahr und ein sehr typischer Vergleich wie in dieser Abbildung 5 „Durchschnittliche jährliche Arbeitsstunden pro Beschäftigten“. Diese Zahl suggeriert, in Deutschland seien im internationalen Vergleich die Arbeitszeiten extrem kurz. Diese Tabelle ist schlicht irreführend. Streeck gibt keine Quellen an. Die von ihm verwendete Zahl stammt wahrscheinlich aus einer OECD Untersuchung. Streeck verschweigt, dass die OECD selbst sagt, dass diese Daten nicht für Vergleiche zwischen den Ländern geeignet sind, weil sie auf völlig unterschiedlichen nationalen Datenerfassungen beruhen. Diese „durchschnittliche jährliche Arbeitsstundenzahl pro Beschäftigte“ weist nicht aus, wie hoch die Teilzeitquote in einem Land ist. Ein Land wie die Niederlande mit einer hohen Teilzeitquote hat folglich die kürzesten jährlichen Arbeitsstunden pro Beschäftigten. Diese Zahlen sind also irreführend. Wenn man aber die jährlichen durchschnittlichen Arbeitsstunden pro Vollzeitbeschäftigte berechnet, zeigt sich, dass Deutschland im europäischen Mittelfeld liegt. Also die Grundthese der ganzen von Hans-Werner Sinn losgetretenen und nun von Streeck verstärkten Debatte, in Deutschland würde viel weniger gearbeitet als in anderen Ländern, ist schlicht falsch.

Wir kommen zum nächsten Argumentationsbaustein. Die besonders weitgehende Verknappung von Arbeitskraft in Deutschland sei gescheitert und dies sei die wesentliche Ursache für die hohen Sozialausgaben des Staates und diese seien wiederum die wesentliche Ursache für die hohen Arbeitskosten und diese wiederum entscheidend für die hohe Arbeitslosigkeit. Zugespitzt: An der hohen Arbeitslosigkeit ist der Sozialstaat schuld.

Streeck argumentiert einäugig. Beim Öffnen des anderen Auges wird eine andere Realität erkennbar. Wir haben nun leider sehr hohe Ausgaben für den Arbeitsmarkt, weil wir eine so hohe Arbeitslosigkeit haben. Er dreht es um und sagt: diese Ausgaben sind die Ursache. Da würde ich zumindest sagen, dass das eine monokausale Erklärung ist, Arbeitslosigkeit nur mit dem Faktor der Lohnnebenkosten erklären zu wollen. Es gibt lange Diskussionen mit vielen Faktoren zu der Frage, wodurch Arbeitslosigkeit bewirkt wird. Er hat aber nur ein einziges Argument: das ist der Sozialstaat, das sind die hohen - in seinen Augen zu hohen - Sozialabgaben und er bringt andere Faktoren überhaupt nicht ins Spiel. Beispielsweise gibt es Berechnungen, wenn es die deutsch-deutsche Vereinigung mit den hohen Sozialtransfers für den Osten nicht gegeben hätte, wären die deutschen Sozialabgaben nicht überdimensional im internationalen Vergleich. Das ist das eine Argument. Das zweite Argument ist, dass das Wort „Produktivität“ bei ihm fast gar nicht vorkommt. Es kommt ja bei den Arbeitszeiten nicht oder zumindest nicht alleine darauf an - wie lange gearbeitet wird. Die Arbeitsdauer muss immer in Verbindung gesehen werden mit der Produktivität und der Intensität von Arbeit. Und da kann man etwa im deutsch-britischen Vergleich sehen, dass Großbritannien in Europa die längsten Arbeitszeiten, aber auch die niedrigsten Produktivitäten hat. Daher steht Großbritannien, wenn man das zusammen nimmt, international nicht besser da als Deutschland. Ein weiteres Argument, mit dem Streeck sich überhaupt nicht auseinandersetzt, ist, dass der Anstieg der Lohnstückkosten, in denen auch die Produktivität eingerechnet ist, in Deutschland seit einigen Jahren im internationalen Vergleich unterdurchschnittlich verlaufen ist.

Streecks Argumentation, die von den Gewerkschaften verfolgte Strategie der Arbeitszeitverkürzung und Verknappung der Arbeitskraft sei die eigentliche Ursache für die Höhe und Dauer der Arbeitslosigkeit, ist folglich in vielfältiger Weise unterkomplex und zum Teil sogar sachlich falsch. Bei einer genaueren Betrachtung ist sie wissenschaftlich nicht zu halten und führt politisch in die Irre.

Seine Rede von der „administrativen Verteuerung“ von Erwerbsarbeit repliziert die Behauptung von Arbeitgeberverbänden und marktorthodoxen Ökonomen wie Sinn, dass dann genügend Arbeitsplätze bereitgestellt würden, wenn die Löhne und die Lohnnebenkosten immer weiter gesenkt würden. Eine soziale Abwärtsspirale, deren Ende nicht absehbar wäre. Ganz kurios wird es bei Streeck beispielsweise an der Stelle, wo er den Sozialstaat für die schlechten Arbeitsbedingungen der türkischen Putzfrau verantwortlich macht. Vergaloppiert sich hier Herr Streeck oder meint er wirklich, dass der Sozialstaat geschliffen werden muss damit sich die Arbeitsbedingungen von Putzfrauen verbessern?

Im gesamten Text gibt sich Streeck sozial- bzw. politikwissenschaftlich, in Wirklichkeit argumentiert er aber ökonomistisch. Das Grundmuster ist eine neoliberale Argumentation, ohne sich überhaupt auch nur ernsthaft mit deren Kritik zu befassen. Ein solches Vorgehen ist wissenschaftlich m.E. unvertretbar und in seinen politischen Folgen unverantwortlich.

Letzter Punkt meiner Kritik: Qualitative Aspekte, Qualität der Arbeit, Begriffe wie Zeitwohlstand, auch internationale Untersuchungen zur „Kultur des neuen Kapitalismus“ kommen bei ihm nicht vor. Er scheint nicht Sennett gelesen zu haben, oder jedenfalls will er ihn nicht wahrnehmen; er scheint nicht Hochschild gelesen zu haben oder will sie nicht wahrnehmen.

Es ist wirklich bedauerlich, dass Streeck als Sozial- und Politikwissenschaftler so verkürzt ökonomistisch argumentiert und dass er sich zu Polemiken hinreißen lässt wie „die kontinuierliche Verarmung unseres Landes ist unvermeidlich“ – wörtliches Zitat von ihm. Und das in einer Gesellschaft, in der die Produktivität jährlich wächst, wo das Bruttosozialprodukt jährlich um ein oder zwei Prozent wächst, in der der gesellschaftliche Reichtum stetig wächst. Das umzudeuten in eine notwendig „kontinuierliche Verarmung unseres Landes“ ist für mich unverständlich und höchst seltsam. Es geht doch nicht zuletzt auch um Verteilungsprobleme. Wenn Streeck zum Beispiel von der Finanzkrise des Staates schreibt, sie sei unabwendbar (S. 64), muss man sich fragen, wie die Finanzkrise zustande gekommen ist und wie etwa Finanz- und Steuerpolitik gemacht wird. Diese kann

doch nicht einfach tabuisiert werden, sondern ist auch zu kritisieren und mit Alternativen zu konfrontieren.

Ich habe mich dann gefragt, was ihn eigentlich antreibt. Denn Streeck ist ja kein Nobody. Also Streeck und seine Argumentation sind gesellschaftlich einflussreich. Zum einen war er der Berater des Bundeskanzlers in dem ersten „Bündnis für Arbeit“ und hat mit dieser hier wiederholten Argumentation dazu beigetragen, dass Arbeitszeitfragen, d. h. Strategien der fairen gesellschaftlichen Verteilung von Arbeitszeit und Einkommenschancen, von der Agenda der rot-grünen Regierung genommen worden sind. Mich hat der Text überhaupt nicht überzeugt. Der Text belegt in keiner Weise, dass die - wie Streeck es polemisch nennt - die „subventionierte Verknappung von Erwerbsarbeit“ dazu beigetragen hätte, die Misere zu verschärfen. Umgekehrt kann vertreten werden, dass wenn es Arbeitszeitverteilung, Arbeitszeitabsenkung nicht gegeben hätte, die Arbeitslosigkeit heute noch wesentlich größer wäre als sie es heute bereits ist.

Günter Warsewa:

Ja das sind doch schon ein paar schwerwiegende Argumente. Man neigt ja immer dazu, bei solchen Texten im Grunde genommen eher das zu lesen und zu interpretieren, was man selber glaubt oder glauben will. Und es ist allemal sinnvoll, sich dann auch wirklich mit den Zahlen und den Daten auseinander zu setzen. Aber das ist ja nicht nur eine Sachargumentation. Streeck argumentiert ja selber damit, dass da auch eine normative Komponente drinsteckt und es auch darum geht, was für eine Art von Arbeitsmarktentwicklung und Gesellschaftsentwicklung man sich eigentlich vorstellen will und man richtig findet. Damit kommen wir jetzt zu der anderen Frage, nämlich der, was wir denn jetzt eigentlich gut und richtig finden. Und dazu wollte sich ja André noch ein paar Gedanken machen.

André Holtrup:

Die zentrale These von Streeck ist, dass die gegenwärtige Krise des Arbeitsmarktes und des Sozialsystems aus dem Versuch resultiert, alles möglichst so zu belassen, wie es jetzt ist. Die zweite Konnotation ist dann: wer nicht reformiert, kriegt einen amerikanischen Arbeitsmarkt; aber eben nur einen halben amerikanischen Arbeitsmarkt, in dem die negativen Sachen übernommen werden oder Einzug halten, während man die positiven Sachen - die Offenheit und Inklusionsfähigkeit des amerikanischen Arbeitsmarktes - aber nicht bekäme. Die Ursachenanalyse haben Rainer und Helmut ja schon vorgestellt. Bei ihr, die ja auch als dosiertes Gift in den Text eingestreut wird, geht es immer wieder nur um die Sache, dass die Verknappung von Arbeitskraft zu ein diffusen Misere geführt hat.

Die Therapie ist auch erst mal diffus: die Absenkung der Nebenkosten. Ein zweiter Punkt - der auch nicht weiter ausgeführt wird - ist, dass es eines neuen Solidaritätsbegriffs bedarf, der mehr auf Gleichheit der Chancen als der Ergebnisse abstellt (S. 66). Er spricht sich für eine aktivierende Arbeits- und Sozialpolitik aus - „Arbeitsgesellschaft statt Wohlfahrtsstaat“, das ist die Hauptdevise. Hier ein Zitat: „Viel spricht dafür, dass eine auf Aktivierung und wirtschaftliche Integration zielende Sozial-, Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik sowohl der heutigen Bevölkerungsstruktur als auch der sich wandelnden Nachfrage nach Arbeit besser entspräche als eine Politik der Absicherung, Stilllegung und Abfindung, die ohnehin längst unbezahlbar geworden ist.“ Allein an diesem Satz könnte man ja schon lange herumdiskutieren, was hier als unabweislich und als Faktum hingestellt wird und wie darauf zu reagieren ist. Dann spricht er sich auch für eine Segmentierung - man könnte auch sagen eine Spreizung - von Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen aus. Eigentlich geht es darum, das Gefälle von Arbeitsbedingungen zu vergrößern, so dass die Geringqualifizierten sich durch längere Arbeitszeiten konkurrenzfähig machen können. Diese lapidare Bemerkung – das meine ich mit dem dosierten Gift -, dass jemand, der kein Geld oder keine Arbeit hat, mit 6 Wochen Urlaub sowieso nichts anfangen kann, ist doch hochgradig zynisch. Und ein letzter großer Punkt - und jetzt wird es wirklich schon fast mystisch - sind die Sachen, die die Deutschen von den Amerikanern noch lernen können. Da heißt es: einen anderen Umgang mit persönlichen Lebensrisiken entwickeln, weil man in einer reichen und anspruchsvollen Gesellschaft mehr Risiken selbst übernehmen sollte. Das ist ein Postulat, das durch nichts begründet ist. Dann sollten die Deutschen insgesamt optimistischer werden und weniger über ihr Schicksal klagen, weil sie es ja immer noch besser als die Amerikaner haben, wenn man mal die Arbeitszeiten nimmt. Dann plädiert er ja eigentlich für den Lebensarbeitskraftunternehmer, wenn da die

eigene Ausbildung als Investition in die eigene Zukunft begriffen werden und dementsprechend auch durch Studiengebühren selbst bezahlt werden sollte - oder durch die Familie, die sich heroisch einsetzt und jahrelang auf den Urlaub verzichtet.

Dann vielleicht auch noch mal speziell was für Euch beide hier - weil die deutschen Frauen ja auch angesprochen werden: deutsche Frauen brauchen keine Kinderbetreuung.

Einwurf Rainer Dombois:

Er sagt nicht „die deutschen Frauen brauchen das nicht“, sondern die niedrige Erwerbsbeteiligung in Deutschland erklärt sich nicht aus der niedrigen Kinderbetreuung. In den USA ist die Erwerbsquote der Frauen trotz miserabler Kinderbetreuung viel höher.

André Holtrup:

Ja, aber das ist ja schon ein Gegenargument gegen - wie er sagt - die bundesdeutsche Stoßrichtung, die Erwerbstätigkeitsquote von Frauen dadurch zu erhöhen, dass man Kinderbetreuungsplätze einrichtet. Da sagt er mit dem Verweis, dass es in Amerika ja anscheinend auch funktioniert, das könne man so machen, aber dass das vielleicht auch eine Luxusforderung ist. Die deutschen Frauen sollten sich vielleicht eher mal zusammenreißen und irgendwie die Kinderbetreuung anders organisieren.

Und dann folgt noch der Appell insgesamt regional mobiler zu werden und sich in der Lebensführung auch stärker den Anforderungen des Arbeitsmarktes anzupassen. Da kommt dann der „flexible Mensch“ von Sennett, der hier als Leitbild formuliert wird.

Zum Abschluss noch mal sein Credo - ein Zitat von Seite 67: „Selbsthilfe und Eigeninitiative, die für Wohlstand und Erfolg in der zukünftigen postindustriellen Arbeitsgesellschaft wichtiger sein werden als kollektive Versorgung. Selbsthilfe und Eigeninitiative wiederum sind ohne optimistische Bereitschaft zu Risiko und Wettbewerb nicht möglich. Je schneller wir lernen, wie man mit offenen Märkten zurecht kommt, desto besser.“ Das ist der Abschluss, der dann eben auch als Nachgeschmack bleibt. Ich bin jetzt ein wenig zynisch und flapsig geworden bei dem, was ich hier vorgetragen habe.

Einwurf Jenna Voss:

Das durfte man bei diesem Text.

Claudia Reihert:

Nein, das finde ich nicht. Also ich finde nicht, dass man flapsig und zynisch damit umgehen darf, weil die Situation dafür einfach zu schlecht ist. Und ich finde auch, dass man sich solchen Argumenten ernsthaft nähern sollte und nicht flapsig und zynisch, weil es in allen Argumentationsketten letztendlich auch immer Punkte gibt, die stimmig sind. Es ist ja nicht alles falsch, insofern finde ich die Herangehensweise nicht o.k..

Günter Warsewa:

Also ich würde sogar noch einen Schritt weitergehen und sagen, dass nicht nur nicht alles falsch ist, sondern es bisher ausgesprochen schwer ist, überhaupt zu zeigen, dass irgendwas falsch ist an dem. Deswegen finde ich, ist das wirklich nicht angemessen, so mit den Dingen umzugehen, aber das kann ja jeder machen, wie er will.

Helmut Spitzley:

André hat übernommen, etwas zum Menschenbild und vielleicht auch zum Gesellschaftsbild von Streeck zu sagen und er kommt zu dem Schluss, dass das Menschen- und Gesellschaftsbild am Ende der flexible Mensch in einer offenen Marktgesellschaft ist und dass er dieses als Lern-Notwendigkeit für Deutschland proklamiert. Ich glaube, das ist eine relativ sachliche Beschreibung und hat nichts mit Abwertung und Flapsigkeit zu tun. Die Kritik am überflexiblen Menschen und an dieser neuen „Kultur“ des Kapitalismus ist etwa bei Sennett nachzulesen und wäre gerade von sozialwissenschaftlichen Autoren auf- und ernstzunehmen.

Günter Warsewa:

Vielleicht können wir ja jetzt einfach mal eine Runde machen. Man merkt, dass das doch etwas ist, was einen ein bisschen aufregen kann.

Jenna Voss:

Also ich habe einen solchen Text noch nie gelesen – Helmut, du sagtest selektiv und suggestiv -, wo ich wirklich die Wissenschaftlichkeit und auch die Art und Weise der Behandlung der Dinge in Zweifel gezogen habe. Ich finde in dem ersten, quasi-empirischen Teil von diesem Text, da sind so viele Bugs, so viel Suggestionen. Das fängt mit der Auswahl der Länder zum Vergleichen an. Die Länder, die er herangezogen hat, haben andere Strukturen des Arbeitsmarktes und sind überhaupt nicht geeignet, miteinander verglichen zu werden.

Einwurf Helmut Spitzley:

Ein Satz dazwischen: Bei der Tabelle 5 kommen Dänemark, Niederlande und Frankreich nicht vor.

Einwurf Rainer Dombois:

Aber es kommen Wohlfahrtsstaaten drin vor, die eigentlich ziemlich modellhaft sind, wie Schweden. Mag sein, dass er in einzelnen Tabellen irgendwas rausgelassen hat, aber was ist gegen die Auswahl der Länder zu sagen?

Jenna Voss:

Das ist hochgradig subjektiv. Die Arbeitszeiten in Deutschland sind durchschnittlich. Wenn man sich die Vollzeit und Teilzeit anguckt, dann ist das durchaus durchschnittlich. Die Arbeitszeiten in Deutschland sind nicht niedrig und es kann von einer Freizeitgesellschaft, von einem Urlaubsland überhaupt nicht gesprochen werden. Das so darzustellen, empfand ich als frech - als eine bodenlose Frechheit.

Der Text fängt schon damit an, dass wenn man an den sozialstaatlichen Errungenschaften festhält, diese zu Polarisierung und sozialer Unsicherheit führen. Ich hab mir überlegt, was meint er mit sozialen Errungenschaften? Kündigungsschutz und soziale Systeme. Die können im Grunde genommen - wenn sie dementsprechend vernünftig politisch geführt und als Instrumente eingesetzt werden - nicht zu Polarisierung führen. Was führt zu Polarisierung, was ist das amerikanische Modell? Doch wohl hire und fire; Vollzeitarbeit, die nicht den Lebensunterhalt sichert, working poor und weitmaschige soziale Netze.

Und dann geht es weiter mit Sachen, die schlicht falsch sind, zum Beispiel, dass die Mittel zu Zielen geworden sind. Man muss das Ganze hier doch umdrehen, wie Streeck hier das beschreibt und versucht, einen in seinen Bann zu locken. Das ist so eine Polemik, die für mich erst mal gar nicht nachvollziehbar ist.

Peter Mehlis:

Ich möchte seine Argumentation in zwei Teile trennen. Es gibt dort sozialwissenschaftliche Befunde und es gibt dort ganz viel Ideologie. Das, was uns aufregt, ist die Ideologie, die er reinträgt, das wirtschaftsliberale Denken, das durch die Teilbefunde, die sehr selektiv rausgesucht werden, immer unterfüttert wird. Aber es gibt ein paar Punkte - und jetzt will ich mal eingeschränkt darauf eingehen - die muss man sich tatsächlich mal vor Augen führen, ohne gleich die Resultate, zu denen er kommt, teilen zu müssen.

Fakt ist, dass Arbeitszeitverkürzung immer verbunden sein muss mit der Produktivität. Die Arbeitszeitverkürzung hat ja vor allem in der Industrie gegriffen. Im Dienstleistungsbereich ist die Arbeitszeitverkürzung ja gar nicht Gegenstand der Debatte, sondern da wird ja teilweise 40 Stunden und mehr gearbeitet. Es geht ja nur um die Industrie. Dort ist Arbeitszeitverkürzung immer verbunden mit hoher Produktivität, hat allerdings auch - das muss man dazu sagen - als Antrieb für eine höhere Produktivität gewirkt und hat zu Rationalisierungsprozessen geführt, die nicht dazu geführt haben, dass die Leute, die ausgegliedert worden sind - vor allem im gering qualifizierten Bereich - wieder eingegliedert wurden. Die sind rausgefallen - das ist Tatsache - und haben aufgrund ihrer Qualifikation

in diesem hochqualifizierten, hochbezahlten Bereich keine Arbeit mehr gefunden. Diesen Effekt gibt es, den kann man nicht wegdiskutieren. Er bringt das natürlich in Verbindung mit der Arbeitszeitverkürzung an sich, aber die Arbeitszeitverkürzung steht immer in Beziehung zur Produktivität. Die Frage ist, wie man mit diesen Leuten umgeht, die rausgefallen sind, was man mit denen macht, um sie irgendwo wieder einzugliedern? Da sagt er einfach, man muss diesen Leuten „erlauben“ - das sagt er so - doch gefälligst ihre Arbeitskraft längere Zeit anzubieten. Als ob man ihnen das verbieten würde. Das ist dieser Zynismus, den man da herausliest, aber den würde ich nicht teilen. Da muss man genau gucken. Wir können diesen Befund nicht wegleugnen, der ist da. Wenn wir etwas kritisieren, dann müssen wir auch sagen, wie wir es anders machen wollen.

Claudia Reihert:

Ich würde Peter in weiten Teilen dessen, was er jetzt gesagt hat, Recht geben. Ich glaube, dass dieser Text uns deshalb emotional so erregt, weil er uns an einer ganz empfindlichen Stelle packt, nämlich dass wir letztendlich auch keine wirklich gültigen Erklärungen haben, aber trotzdem immer schon mit Lösungen argumentieren. Die Widerstände, sich mit einem solchen Text auseinander zu setzen, sind zum Teil deshalb auch emotional, weil auch wir vor dem Hintergrund von Ideologien argumentieren - ähnlich wie Streeck das macht. Ich glaube, dass wir uns da eigentlich ähnlich sind, dass es auch bei uns ideologische Vorstellungen darüber gibt, wie es sein sollte, und dass diese ideologischen Vorstellungen uns auch in unserer Argumentation einschränken. Ich glaube, wir können uns hier was holen. Wir müssen nicht alles übernehmen, wir müssen es auch nicht teilen, aber ich glaube trotzdem, dass wir uns ernsthaft mit diesen Argumenten auseinandersetzen sollten.

Günter Warsewa:

Also ich finde, dass dieser Aufsatz endlich mal versucht, das zu machen oder das mit Argumenten und mit einer stringenten Argumentation zu unterfüttern, was Karl Otto Hondrich vor ein paar Jahren schon beim Kölner Soziologentag in einem Beitrag glänzend beschrieben hat. Nämlich, dass in dieser Gesellschaft seit 20 Jahren eigentlich keiner ein Interesse daran hat, konsequent aus der Position von Arbeitslosen heraus zu denken und konsequent eine Politik gegen Arbeitslosigkeit zu probieren. Es gibt kein Interesse in dieser Gesellschaft dieses zu tun - bei keinem Akteur. Deswegen finde ich, dass es ganz notwendig und richtig ist, diese Art von Argumentation aufzumachen, die mal versucht, konsequent darüber nachzudenken, wie man denn wirklich eine Politik machen kann, die Beschäftigung schafft und Arbeitslosigkeit abbaut. Das ist das Ziel, das hier drin steckt und das muss man sehr ernst nehmen, weil wir gesehen haben, dass seit Beginn der Krise Anfang der 80er Ende der 70er Jahre die Arbeitslosigkeit in Deutschland immer mehr gewachsen ist, obwohl man unendlich viel Geld dafür ausgegeben hat. Das ist einfach der Fakt und die Summen, die dafür ausgegeben worden sind, sind in einer Weise exorbitant gestiegen, dass sie mittlerweile wirklich die gesellschaftliche Entwicklung bedrohen. Das ist etwas, was wir - bislang jedenfalls - nie wirklich ernst genommen haben. Deswegen ist es auch richtig darüber nachzudenken, wie man in der Arbeitsmarktpolitik und in den Zusammenhängen von Arbeitsmarktentwicklung zu anderen sozialpolitischen Feldern zu einem Systemwechsel kommt. Genau dieser Systemwechsel ist das Thema und deswegen sind alle die Argumente nicht treffend und führen überhaupt nicht weiter, die im Grunde genommen immer noch damit argumentieren, dass wir ja ein gutes und schönes Sozialsystem haben. Das wird alles auf der Grundlage der alten Bedingungen diskutiert. Zum Beispiel die Frage der Wachstumsraten: natürlich ist es richtig, dass wir 4, 5, 6, 7 % Wachstum brauchen unter den bisherigen gegebenen Bedingungen, um neue Beschäftigung zu schaffen. Das ist aber gar nicht das Thema von Streeck, sondern das - sagt er - ist ja gerade der Fehler, der bisher gemacht worden ist. Und unter neuen Bedingungen, das heißt mit niedrigeren Löhnen, mit anderen Zugangsmöglichkeiten zu Niedriglohnsektoren, zum Beispiel mit einer Legalisierung von Schwarzarbeit und vielen anderen Maßnahmen, hätte man die Chance, wesentlich mehr Beschäftigung zu schaffen, ohne dass man diese exorbitanten Wachstumsraten braucht. Auf diese Art und Weise muss man die ganzen Argumente durchgehen und kommt dann dazu, dass alles in weiten Teilen sehr stimmig, sehr klar und sehr richtig ist. Immer vorausgesetzt, man will wirklich eine Politik machen, die Beschäftigung schafft und Arbeitslosigkeit abbaut. Wenn man das nicht will, wenn man die Arbeitsverhältnisse einfach so weiter muckeln lassen will wie bisher, dann ist das was ganz anderes.

Aber bisher hat sich niemand die Mühe gemacht, konsequent von Arbeitslosigkeit her zu denken und das ist der Verdienst dieses Aufsatzes.

Lothar Peter:

Da kann ich Dir sachlich nicht zustimmen. Es gibt immerhin die Memo-Gruppe, zum Beispiel. Und da würde ich sagen, das ist keine wissenschaftliche quantité négligable, sondern doch eine relevante Gruppe von qualifizierten Leuten, die sich seit Jahren Gedanken machen - ob das richtig ist oder nicht, ist eine andere Frage -, welche Alternativen es zur Massenarbeitslosigkeit gibt. Insofern ist es nicht gerechtfertigt, dass es praktisch niemanden gibt, der sich aus der Perspektive der Arbeitslosigkeit oder der Betroffenen wissenschaftlich Gedanken macht. Also das wäre eine relevante Position, die hier zu nennen ist. Ich finde, die sollte man nicht einfach auslassen. Das ist der eine Punkt unmittelbar zu dem, was Du gesagt hast.

Dann finde ich, was Streeck - das meine ich nicht polemisch, sondern wirklich dem Inhalt nach - als Lösungsperspektiven anbietet, unterscheidet sich nicht - in keiner Weise und ist auch insofern keineswegs originell - von beliebigen Positionspapieren der Arbeitgeberverbände. Senkung der Lohnnebenkosten, Kürzung der Lohnersatzleistungen, Senkung der Tariflöhne der Arbeitsplatzbesitzer und so weiter und so fort. Das sind alles Einschränkungen der sozialstaatlichen Leistungen und Ausgaben, das sind alles Dinge, die seit Jahren von den Arbeitgeberverbänden und entsprechenden Think Tanks gefordert werden - also nichts Originelles. Trotzdem denke ich, was ich jetzt bei Dir und auch bei Claudia richtig finde - aber das ist kein Verdienst von Streeck würde ich sagen -, dass wir uns jetzt überlegen müssen, was könnte eventuell anders sein. Denn dass es eine Misere gibt, ist ja unbestritten. Die Misere wird nur völlig unterschiedlich in ihren Ursachen interpretiert und die Gründe, die Streeck angibt, kann ich nicht nachvollziehen. Ich will nur noch mal an einen Punkt erinnern. Nicht nur die Wiedervereinigung ist ein wichtiger Faktor, sondern auch die Entwicklung der Besteuerungshöhe. Hätte man die Kriterien und das Steuerniveau des Jahres 2000 beibehalten, dann hätte man heute im Jahre 2003 45 Milliarden Mark mehr - wie die Memo-Gruppe berechnet hat. Man muss also die ganzen Veränderungen in der Steuerpolitik mit berücksichtigen, die in der Zwischenzeit gelaufen sind. Und das ist ja natürlich klar, wenn man die Hähne alle zu macht, oder mehr schließt, dass dann keine Mittel in die Sozialkassen fließen. Das ist ein Faktum, das man auch berechnen kann und das auch berechnet worden ist. Außerdem will ich noch mal darauf hinweisen, dass es bestimmte Steuersorten, wie z.B. die Vermögenssteuer, überhaupt nicht mehr gibt. Ich will das jetzt nicht zu hoch hängen, ich will es aber erwähnen. Und der Witz ist ja dabei, wenn man sich anguckt, warum es keine Vermögenssteuer gibt. Weil das Bundesverfassungsgericht ein Urteil gefällt hat, in dem aber nicht drinsteht, dass es keine Vermögenssteuer geben darf, sondern wo drin steht, dass die Vermögenssteuer, so wie sie in den 90er Jahren konzipiert gewesen ist, ungerecht ist, weil sie Immobilienbesitz unterbewertet und Geldvermögen überbewertet - deswegen gibt es keine Vermögenssteuer. Man könnte das ja anders machen, indem man das gleichwertig macht, dann hätte man eine Vermögenssteuer und dann würden da auch Mittel fließen. Ein bisschen vereinfacht will mein Argument sagen, dass wenn man die Hähne der Sozialkassen zudreht, dann auch kein Geld in den Kassen ist. Zumindest deutlich weniger und das sind natürlich relevante Mittel, ich habe ja mal eine Größenordnung genannt, die hier zur Diskussion stehen. Mit 50 Milliarden mehr oder weniger könnte man schon was machen, man könnte öffentliche Investitionsprogramme machen, den Dienstleistungsbereich für entsprechende soziale Dienstleistungen stärken etc. Also das ist eine Argumentation, die gewissermaßen konform ist mit der Memo-Gruppe.

Zwischenfrage Claudia Reihert:

Also sollte der Staat dann investieren? Sollte der Staat über Steuern mehr Geld reinholen und dann selber investieren?

Lothar Peter:

Der Staat sollte investieren und dabei - das sind ja auch Fragen des politischen Willens - Investitionen an gewisse Verpflichtungen binden. Man hat das ja bei der Ausbildungsplatzabgabe auch versucht. Es ist nicht unmöglich, es muss aber der politische Wille dazu da sein. Dann zum Stichwort

„Arbeitsgesellschaft“. Da will ich nur noch mal ganz vorsichtig daran erinnern – ich halte das jetzt nicht für den zentralen Punkt – dass das Wesentliche in dieser Diskussion aus liberaler Perspektive eingebracht wurde. Es war eigentlich Dahrendorf, der dieses Thema „Ende der Arbeitsgesellschaft“ wesentlich in die Debatte gebracht hat. Das war nicht Rot-Grün, sondern Dahrendorf, der sich in seiner Argumentation vom „Ende der Arbeitsgesellschaft“ gegen die Gewerkschaften als die „Herren der Arbeitsgesellschaft“ richtete, die angeblich den produktiven Übergang in eine diffuse Schattenwirtschaft blockierten. „Tätigkeitsgesellschaft“ als „entformalisierte Arbeitsgesellschaft“ - das ist die Position von Dahrendorf gewesen! Die richtete sich gegen die Gewerkschaften und Teile der damaligen Sozialdemokratie und nicht so herum, wie Streeck das aufgreift. Dann würde ich sagen, dass man das mit der Amerikanisierung nicht ganz außen vor lassen darf. Und zwar deshalb nicht, weil das, was Streeck als positive Seite der Amerikanisierung suggeriert, eben strukturell und unlösbar verbunden ist mit Phänomenen der Verelendung oder zumindest der Einschränkung der Lebensmöglichkeiten und Lebenschancen vieler Menschen. Wenn man die relativ niedrige Quote der Langzeitarbeitslosen preist – und es ist so: in den Vereinigten Staaten gibt es eine vergleichsweise geringe Quote von Langzeitarbeitslosen – dann muss man zum Beispiel die job-turn-over-Rate und die Betroffenheitsrate mit einbeziehen. Dann kommt man nämlich zu so etwas wie zu einer „perforierten Arbeitslosigkeit“: immer wieder mal hast Du einen Job und dann darfst Du mal den Rasen mähen - bist nicht sozialversichert - und dann hast Du wieder mal was und dann wieder nicht. Die turn-over-Rate geht dabei individuell meistens einher mit einer Minderung des Einkommens, so dass man auch sagen kann, dass sich in der Zeit zwischen 1973 und 1993 bei den working poor oder dem unteren Quintil der Einkommensbezieher - also derjenigen, die noch arbeiten - die Realeinkommen um 25% vermindert haben. Das ist ja nicht wenig. Man kriegt bei der Amerikanisierung das eine nicht ohne das andere. Man kann nicht, wie es Streeck versucht, normativ hier etwas mobilisieren und den Preis, der dafür gezahlt wird, vornehmerweise verschweigen. Das eine bedingt das andere.

Trotzdem ist ein Punkt wichtig: an der Kritik von dem Streeck gibt es für mich einen Punkt, an dem ich positiv anknüpfen kann, nämlich die Vernachlässigung des Prinzips des workfare in Deutschland. Aber da würde ich dann nicht nach den USA, sondern systematisch woanders hingucken. Nämlich nach Schweden, beispielsweise, oder nach Dänemark. Streeck streut selektiv auch mal Dänemark und Schweden ein, aber seine Perspektive ist die positive Seite der Amerikanisierung. Und dann frage ich mich, warum - wenn er angeblich den Sozialstaat nicht demontieren will - orientiert er sich dann nicht, oder guckt zumindest zuerst analytisch auf Länder, die immer noch ein ausgebautes sozialstaatliches System haben und trotzdem bei vielen Indikatoren mindestens so gut dastehen wie die Vereinigten Staaten. Ich hab mir das mal angeguckt, ich hab mir mal ein bisschen Schweden angeguckt: Schweden ist das Land mit dem höchsten Anteil der Sozialausgaben am Bruttoinlandsprodukt - liegt noch über Deutschland. Gleichzeitig ist Schweden aber ein Land mit einer vergleichsweise niedrigen Langzeitarbeitslosigkeit. Schweden hatte in den 90er Jahren einen Anfall von Neoliberalismus. Plötzlich schnellten die Arbeitslosenzahlen hoch, weil sozialstaatliche Leistungen erheblich abgebaut worden sind. Dann kam aber eine erneute Wende, und zwar in die Richtung, dass die sozialdemokratische Regierung seit 1995 mit Unterstützung der Linken und der Grünen wieder gegengesteuert und Teile der Verluste wieder ausgeglichen hat. Zum Beispiel sind die Bezüge für die Arbeitslosen wieder auf 80% des Bruttoeinkommens angehoben worden. Die Erwerbsquote der Frauen ist in Schweden mit Ausnahme von Dänemark und Norwegen so hoch wie nirgends sonst. Warum versucht man sich nicht systematisch Anregungen aus Schweden zu holen, wenn man die Arbeitslosigkeit bekämpfen und gleichzeitig den Sozialstaat stärken will? Und warum unternimmt Streeck diesen Diskurstrick der Halbierung von Amerikanisierung - einer paradoxen Halbierung in eine Schattenseite und eine segensreiche Seite? Dann würde ich doch den einfacheren und klareren Weg gehen und gleich da gucken, wo man die beiden Aspekte zusammen findet, dann könnte man nämlich über das Prinzip der Koppelung einer systematischen arbeitsmarktpolitischen workfare-Strategie mit der Schaffung neuer Arbeitsplätze und der Verpflichtung sowohl des Staates als auch der privaten Unternehmung in einer sinnvolleren Weise Arbeitslosigkeit verringern, als das durch den individualistischen Appell an den flexiblen Menschen á la Sennett und via Amerika bei Streeck der Fall ist.

Rainer Dombois:

Der Grund, warum er von der Amerikanisierung ausgeht, ist, dass das ein absolutes Schreckgespenst ist. Wir stellen immer unseren Sozialstaat einer Marktgesellschaft mit working poor etc. gegenüber. Und das Interessante daran ist, dass er sagt, dass wir diese Phänomene schon längst haben. Wir haben die Phänomene und tun so, als gäbe es sie im Grunde gar nicht. Wir haben diese Phänomene und er führt sie auf die Sozialpolitik zurück. Er plädiert ja nicht für die amerikanische Politik - er sagt das ja auch ausdrücklich. Die Alternative ist nicht etwa die amerikanische Marktgesellschaft, sondern ein anderer Typ von Wohlfahrtsstaat. Er hat selbst vor einigen Jahren die Idee eines subventionierten Niedriglohnssektors gebracht, der angesichts einer geringen Lohnspreizung genau im Dienstleistungsbereich Arbeitsplätze schaffen sollte. Seine Vorstellungen schließen überhaupt nicht aus, dass die Sozialausgaben über ein steuerfinanziertes System wie in Schweden organisiert würden. Er spricht hier aber über das bismarcksche Sozialversicherungssystem - über die Lohnnebenkosten. Lohnnebenkosten sind solche, die eigentlich mit dem Lohn vom Arbeitgeber und den Beschäftigten gezahlt werden. Das ist was anderes als ein steuerfinanziertes System, das eine ganz andere Grundlage hat und nicht den individuellen Lohn belastet. Ich finde, man bürdet ihm hier Bilder auf, die eigentlich in der Argumentation nicht drinstecken. Wenn man jetzt noch mal zu den Argumenten kommt, die hier aufgeworfen sind - also vor allem von Helmut zu der Empirie - da würde ich sagen, dass diese Arbeitszeitstatistik, in der auch die Teilzeitarbeit drin ist, ja im Grunde genommen sein Argument bestätigt. Die Teilzeitarbeit ist für ihn natürlich auch eine Rationierung von Arbeit, die er hier immer kritisiert. Also würde gerade dieses Argument, dass da nicht nur die Vollzeitarbeit, sondern auch die Teilzeitarbeit mit eingeschlossen ist, zeigen, wie in dieser Gesellschaft Arbeit rationiert wird. Teilzeitarbeit wird vielleicht nicht so subventioniert wie andere, aber sie ist auch eine Rationierungsform - deshalb würde ich das eher als eine Bestätigung sehen.

Das zweite inhaltliche Argument ist, dass wir eine Entwicklung haben, die sehr stark durch die Industrie und den Export geprägt ist. Und die Industrie hat sehr hohe Produktivität entwickelt. Die Arbeitszeitverkürzung konnte deshalb auch mit Lohnausgleich gemacht werden, aber praktisch um den Preis sehr hoher Produktivität. Beim Streeck ist das immer schon das Argument gewesen, dass diese Exportorientierung dazu führt, dass der Dienstleistungssektor nachhinkt, und dass dort im Exportsektor - im industriellen Sektor - ein Hochlohnssektor geschaffen worden ist, der praktisch die gesamte Lohnpolitik nach sich zieht, damit diese Niedrig-Produktivitätstätigkeiten praktisch ausgliedert und die Arbeitsmöglichkeiten für niedrig-produktive Leute versperrt. Und es ist der Dienstleistungssektor, in dem diese Tätigkeiten möglich wären. Was wir alle um uns herum sehen, ist, dass wenn die Handwerkerstunde zu teuer ist - weil die inzwischen 50 oder 60 Euro, der Schwarzarbeiter aber nur 15 Euro kostet -, dann ist es ganz offensichtlich, dass niedrig qualifizierte Dienstleistungen aus formeller Arbeit gar nicht mehr denkbar sind. Das ist sein Argument. Es gibt da eine geringe Lohnspreizung, die durch den Hochproduktivitätssektor geschaffen worden ist. Und damit ist ein Ausschlussmechanismus zustande gekommen, der gerade in dem Bereich, wo andere Länder expandieren - und das sind nicht etwa nur die USA; diese internationalen Statistiken über Dienstleistungen sind inzwischen dermaßen viel diskutiert worden - und da gibt es ein Nachhinken von Deutschland. Das ist ganz offensichtlich. Dieser Dienstleistungsbereich wird jetzt sehr stark durch die geringfügige Beschäftigung bestimmt, also etwas, was gerade nicht wünschenswert ist. Diesem Zusammenhang muss man erst mal argumentativ begegnen. Günter hatte das eben schon mal erwähnt: Wenn niedrig produktive Tätigkeiten im Dienstleistungssektor zu niedrigeren Löhnen angeboten und Niedrigqualifizierte beschäftigt werden könnten, dann würden natürlich auch die Schwellenwerte des Wachstums des Sozialprodukts, die für mehr Beschäftigung notwendig sind, auch nicht mehr so hoch sein.

Einwurf Lothar Peter:

Die Zunahme der Beschäftigung in US-amerikanischen Dienstleistungssektor geht primär auf die Zunahme qualifizierter und entsprechend gut bezahlter Tätigkeiten zurück und nicht nur auf die Ausdehnung von Niedriglohnsegmenten.

Einwurf Rainer Dombois:

Du hast beide; einen Riesensektor von unterschiedlichen Tätigkeiten.

André Holtrup:

Ich habe eigentlich nur noch einen Punkt. Die Betrachtungen von Streeck sind doch sehr verschlankt und haben einen gewissen Tunnelblick, in dem die sozialen Nebenkosten unterschiedlicher Arbeitsmarktregime nicht vorkommen. So etwas wie ein Wohlfahrtskonzept steht da nicht im Vordergrund. Also wenn man sich zum Beispiel das Sozialversicherungssystem anschaut, von dem er sagt, dass es hier in Deutschland die Lohnnebenkosten in die Höhe treibt, dann muss man aber auch sehen, das man auch was dafür kriegt. Man ist krankenversichert, rentenversichert, arbeitslosenversichert. Das ist man in den USA teilweise auch, aber nicht in dem Maße. Was hat es für gesellschaftliche Konsequenzen, wenn die Menschen zu flexiblen Menschen und Nomaden werden? Das blendet er völlig aus und grenzt das Problem ein auf die ökonomische Sichtweise.

Helmut Spitzley:

Das sagt auch etwas über die Schwäche der deutschen Soziologie aus, dass sie diese Bereiche gar nicht mehr in den Mittelpunkt der öffentlichen Debatte bringt und sich stattdessen an diese ökonomistische Mainstream-Debatte anschließt und dann - wie im Falle von Streeck - einseitig eine Position übernehmen, ohne die andere überhaupt zu erwähnen und ernsthaft zu diskutieren.

Ich will aber an Günter anschließen: Deine These war ja, dass in den letzten Jahren niemand in Deutschland ein Interesse daran gehabt hätte, aus der Position von Arbeitslosen zu denken. Das bestreite ich. Die Debatte und die Versuche, über Arbeitszeit- und Einkommensverteilung, über eine Politik der Verteilung Arbeitslosigkeit nicht weiter wachsen zu lassen oder möglicherweise sogar zu senken, ist genau aus diesem Interesse heraus geschehen, auch aus der Position von Arbeitslosen zu denken. Und zwar zugleich aus einem organisationspolitischen Interesse der Gewerkschaften. Denn denen ist auch klar, dass je höher die Erwerbsarbeitslosigkeit ist, desto schwächer ist auch ihre Machtposition.

Günter Warsewa:

Sie haben aber immer eine Politik gemacht, die immer die verteidigt und bestärkt hat, die drinnen sind.

Helmut Spitzley:

Das ist verknüpft mit dem Versuch, die draußen sind, mit hinein zu bekommen, weil wenn sie es nicht tun, sie sich selber in Knie schießen. Die Argumentation etwa für die Altersteilzeit ist doch die: Ältere steigen früher aus, um Jüngeren einen Einstieg zu ermöglichen. Das ist genau der Versuch, etwas aus der Perspektive und in der Perspektive und zur Unterstützung der Ausgeschlossenen zu tun. Ich sehe bisher nicht, dass das falsch ist. Ich sehe bisher überhaupt kein Argument, weshalb diese Politik der Arbeitszeit- und Einkommensumverteilung falsch ist. Ich sehe auch nicht, dass sie gescheitert ist. Es gibt überhaupt keinen Beleg dafür. Die Zahlen, die Streeck und andere präsentieren können, sagen nichts darüber aus, was denn gewesen wäre, wenn es nicht zur Arbeitszeitverkürzung gekommen wäre, wie hoch dann die Arbeitslosigkeit wäre. Diese Frage kann keiner beantworten. Es gibt eine Reihe von Versuchen das abzuschätzen. Es wird dann gesagt, dass ungefähr jeder zweite frei werdende Arbeitsplatz auch wieder mit einer Neueinstellung besetzt wird. Das geht immer auch - darauf hat Peter hingewiesen - mit Produktivitätsveränderungen einher, mit Steigerungen der Intensität - das wäre wieder ein sozialwissenschaftliches Thema, was hier überhaupt nicht auftaucht. Das hat also was mit Intensität und Produktivität der Arbeit zu tun, was hier völlig rausgelassen wird.

Du hast dann sehr schnell argumentiert, es muss ein Systemwechsel her. Welches System forderst Du? Du hast dann gesagt, über niedrigere Löhne könnte Arbeit geschaffen werden. Das ist eine völlig unbelegte und in der Ökonomie höchst strittige Behauptung. Also entweder lässt man sich auf dieses Argument ein, dann muss man auch die Gegenargumente abwägen und überhaupt erwähnen. Das hast Du nicht getan, das hat auch Streeck nicht getan.

Das zweite Argument ist das mit den Arbeitszeiten. Ich habe Euch das da verteilt, diese erste Tabelle zeigt die Jahresarbeitszeiten und Streeck bezieht sich in seiner Tabelle 5 ja auch auf die Jahresarbeitszeiten. Die Jahresarbeitszeiten in Deutschland sind im europäischen Vergleich nicht besonders niedrig; die liegen genau im Mittelfeld. So dass ich das Argument anschließen würde, dass wir in Deutschland deswegen eine so hohe Arbeitslosigkeit haben, weil wir - trotz extrem hoher

Produktivität und stetig wachsender Erwerbstätigkeit von Frauen - nie wirklich konsequent auf Arbeitszeitverkürzung und Arbeitsumverteilung gesetzt haben. Also genau konträr zu Streeck. Ein weiterer Punkt ist: wenn es den Niedriglohnsektor bereits gibt - wie er behauptet - wie kann dann mit größerer Lohnspreizung die Misere behoben werden? Also entweder gibt es das schon, oder es ist das Mittel, mit dem man Politik machen kann.

Außerdem würde ich die hohe Erwerbstätigkeit, die offenbar auch hier rund um den Tisch als hohes Ziel angesehen wird, auch kritisch hinterfragen. Hohe Erwerbstätigkeit heißt, dass möglichst viele Lebenstätigkeiten vermarktet werden. Wenn ich meine Kinder von jemand anderem betreuen lasse und ich dessen Kinder betreue, haben wir mehr Dienstleistungen und haben mehr Erwerbstätigkeit in Deutschland. Ob es meinen Kindern gut tut und ob es den Kindern von Günter gut tut, wenn ich für seinen Sohn zuständig bin und Günter 60 Stunden in der Woche arbeiten kann/muss und seine Frau auch 60 Stunden in der Woche arbeitet, halte ich für qualitativ nicht belegt. Also die Zielsetzung, die hohe Erwerbstätigkeit als ein gesellschaftliches Ziel par excellence hinzustellen, halte ich für diskussionsbedürftig. Eine immer weitergehende Ökonomisierung und Kommerzialisierung hat m.E. auch viele Schattenseiten und sollte sozialwissenschaftlich hinterfragt werden.

Das schließt dann wieder an die Frage an, welche Kultur wollen wir denn eigentlich - nicht nur welche Ökonomie, sondern auch welche Kultur wollen wir haben. Da denke ich gibt es mit Hochschild und Sennett eine Reihe von guten Argumenten, weshalb ich sage, dass ist nicht die Kultur, in der ich leben will. Eine Gesellschaft sollte genau hinsehen, prüfen und politisch entscheiden, welche Lebenstätigkeiten sie vermarkten und kommerzialisieren will und welche nicht.

Um noch mal an Peter anzuknüpfen: In der Debatte wird regelmäßig behauptet, dass es Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich gegeben hätte. Es ist seit vielen Jahren nicht mehr der Fall, dass die Produktivitätszuwächse überhaupt halbe-halbe zwischen Kapital und Arbeit verteilt werden. Die Arbeitszeitverkürzungen in Deutschland waren immer Arbeitszeitverkürzungen, die durch entsprechend niedrigere Lohnzuwächse erkaufte worden sind.

Das eminent wichtige Thema der Verteilung der Wertschöpfung zwischen Kapital und Arbeit kommt in diesem Streeck-Text überhaupt nicht vor.

Man sollte also auch auf den Sub-Text achten, d.h. darauf, was durch diesen Text an Konflikten, an Problemen de-thematisiert wird und welche Themen andererseits nach oben gespült, ins Zentrum gerückt und auf die politische Agenda gesetzt werden.

Und ich insistiere, auch nach allem was ich bislang in dieser Diskussion gehört habe, ganz im Gegensatz zu Streeck darauf, dass das Thema, „kurze Vollzeit für alle“ hier und heute ins Zentrum der politischen Debatte gehört.

Peter Mehlis:

Ich möchte an seinem zentralen Argument anknüpfen, dass die Lohnnebenkosten die Ursache für die Arbeitslosigkeit sind. Wenn das jetzt tatsächlich so wäre, wo kommen denn dann die hohen Lohnnebenkosten her? Es gibt ja eigentlich mehrere Aspekte, die Streeck völlig unter den Tisch fallen lässt. Das eine zum Beispiel ist die Wiedervereinigung: wir haben also durch den Zusammenbruch der ostdeutschen Wirtschaft hohe Sozialtransfers, die über die Lohnnebenkosten allgemein getragen werden. Das ist also eine außergewöhnliche Belastung, die bis heute anhält. Das lässt er völlig unter den Tisch fallen. Der zweite Aspekt ist, dass durch die hohe Arbeitslosigkeit selber wiederum die Lohnnebenkosten steigen, die dann wieder verantwortlich sind für mehr Arbeitslosigkeit. An dieser Stelle kommt er jetzt mit der Arbeitszeitverkürzung und Frühverrentung. Die Frühverrentung ist ja im Grunde nur eine Antwort auf das Problem, wie man mit Arbeitsplatzabbau human umgeht. Das ist ja kein Gang in die Spaßgesellschaft, sondern wenn in einem Betrieb entlassen wurde, wurde überlegt: „Wie machen wir das am sozialverträglichsten?“ Und dann wurde auf dieses Instrument der Frühverrentung zurückgegriffen.

Ich habe jetzt versucht, mich auf seine zentrale Argumentationskette zu konzentrieren: die viel zu kurzen Arbeitszeiten und die zu teuren Leute. An einem Punkt würde ich das unterstützen. Wenn man Arbeitszeitverkürzung einsetzen will als Instrument für mehr Beschäftigung, kann das nur bedeuten, dass man Arbeitszeitverkürzung mit Umverteilung verknüpft – und das ist in der Vergangenheit nicht passiert. Das ist nicht unbedingt nur an den Arbeitnehmern, sondern auch an den Arbeitgebern

gescheitert. Das heißt, es gab immer eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich, natürlich Verzicht auf zusätzliche Löhne, aber die Arbeitszeitverkürzung selber wurde zum vollen Lohnausgleich zu dem damaligen Zeitpunkt durchgeführt. Ich habe sie selber mitgemacht. Also das ist schon ein ganz entscheidender Fakt. Das hat dazu geführt, dass nur ein Teil dieses Zeitgewinns wirklich in zusätzliche Arbeit geflossen ist.

Ich weiß noch, wie in der IG Metall immer debattiert wurde. Das waren teilweise recht hilflose Argumente nach dem Motto: „Man kann zwar nicht nachweisen, dass es Arbeitsplatzgewinne gibt, wir haben aber Arbeitslosigkeit verhindert“ - das war letztendlich das Argument. Ich will jetzt gar nicht gegen Arbeitszeitverkürzung anstinken, sondern genau das Gegenteil. Nur, wenn wir über Arbeitszeitverkürzung reden als beschäftigungspolitisches Instrument, muss das mit Umverteilung verknüpft werden. Ich denke da nur an diesen einen Tarifvertrag in Niedersachsen, den ich selber untersucht habe, wo tatsächlich die Absenkung von Arbeitszeit mit Neueinstellung tarifvertraglich verknüpft wurde. Nur so kann das funktionieren. Und dann hat das auch alles mit dieser Streeckschen Sache nichts mehr zu tun. Der andere Fakt ist, dass sich zu diesen Bedingungen nur Leute Arbeitszeitverkürzung erlauben können, die entsprechende Ausgangseinkommen haben. Geringqualifizierte können das nicht. Die können nicht ohne Lohnausgleich Arbeitszeit verkürzen.

Tatsächlich haben wir aber momentan die Situation, wenn man sich die Arbeitszeiten anguckt, dass die Hochqualifizierten im Schnitt deutlich mehr und die Geringqualifizierte deutlich weniger als 40 Stunden arbeiten. Wir haben also jetzt schon eine ganz andere Entwicklung. Im Grunde müsste man eigentlich nur da gegensteuern, um das wieder einigermaßen auszugleichen. Diese ganze Argumentation von Streeck ist wirklich sehr selektiv an dem Punkt und lässt viele Sachen außen vor. Und deshalb steckt in ihr auch soviel Ideologie. Es geht ihm darum, bestimmte Instrumente in den Boden zu stampfen.

Jenna Voss:

Im Streeckschen Essay kommt auch nicht vor, dass die Wirtschaft diese beiden Instrumente – Frühverrentung und Arbeitszeitverkürzung - sehr gerne angenommen hat, um zum Beispiel Belegschaften zu verjüngen und die alten Mitarbeiter auch hochsubventioniert in die Rente zu schicken. Auch das Arbeitszeitverkürzung als Kurzarbeit subventioniert sehr gerne angenommen wird, kommt gar nicht vor. Das noch mal zu Deinen Argumenten.

Noch mal zu diesem Text: das empirische Material, was Streeck zusammengetragen hat, ist für mich Quasi-Empirie, das ist für mich suggestiv, das ist hochgradig selektiv und erklärt gar nichts. Das normative Bild, das darauf folgt, ergibt für mich wirklich keine Anhaltspunkte, warum ich mich damit beschäftigen sollte. Außer Frage steht: wir haben eine zu hohe Arbeitslosigkeit. Das ist nicht richtig, wir müssen etwas dagegen machen. Wir haben sehr hohe Lohnnebenkosten, auch das ist richtig, auch damit gilt es sich zu beschäftigen. Und wir brauchen eine grundlegende Strukturreform, auch dagegen kann man nichts sagen. Nur ob die Diskussion dieser drei Punkte, an diesem Text erfolgen muss, wage ich zu bezweifeln. Da war für mich nichts, was mich anregen würde. Diese Analyse ist für mich so verkürzt, so selektiv, so auf bestimmte Punkte konzentriert, dass ich dem auch nichts abgewinnen kann. Da kommt auch die Gesellschaft gar nicht vor. Zum Beispiel diese Ausgrenzung – Streeck spricht von Außenseitern –; das ist richtig, aber es kommt ja nur dieses: „die Tarifpolitik hat das gemacht.“ Das ist nicht wahr. Es gibt in der Gesellschaft gewisse Leitbilder, die die Tarifpolitik, die die staatliche Politik, die die Gesellschaft beeinflussen. Das kommt hier in dem Text gar nicht vor. Also diese Analyse ist für mich schlicht keine. Diese Problematiken und die Strukturreform sollten wir diskutieren und uns wirklich Gedanken drüber machen. Nur Streeck entlässt uns ohne jegliche Idee, wie so eine grundlegende Strukturreform aussehen könnte. Außer den Schlagworten „Niedriglohnsektor“, „Eigenverantwortung“, „mehr Risikofreude“, „Optimismus“ usw. lernen wir bei Streeck nichts. Er macht da so einen Vergleich zwischen den USA und Deutschland, ohne aber die Kulturen überhaupt zu betrachten. Er entwickelt da einen Fokus, der das meiste, das wichtig wäre, um diese Dinge tatsächlich zu analysieren, einfach ausblendet.

Claudia Reihert:

Ich hab eine Anmerkung zu der Therapie nach Streeck: „deutsche Frauen brauchen keine institutionelle Kinderbetreuung“. Das ist ein Missverständnis. Streeck spricht davon, dass in den USA wenig staatliche Kinderbetreuung vorhanden ist. Das bedeutet nicht „keine institutionelle Kinderbetreuung“ - das ist ein Missverständnis.

Dann zu Schweden: ich finde Schweden ist in weiten Teilen ein Beispiel für eine ganz pragmatische Lösung - und zwar was die Frauenerwerbsquote angeht. In Schweden war die Frauenerwerbsquote vor 20 Jahren deutlich geringer. Man hat sich überlegt, die Frauen in den Arbeitsmarkt einzubeziehen, und hat dafür in Kauf genommen, dass Frauen sehr viel niedrigere Gehälter beziehen. Man hat nämlich einen staatlichen Dienstleistungssektor geschaffen, in den Frauen einbezogen wurden. In Schweden wurde gesagt: „besser sie haben Arbeit und sie ist geringer bezahlt, als die Gehälter der Männer in der Privatwirtschaft, als dass sie keine Arbeit haben“. Das war eine relativ pragmatische Herangehensweise. Wenn wir uns Schweden angucken, können wir uns diesen Umstand aber auch kritisch angucken.

Zwischenfrage Peter Mehlis:

Auf welchem Niveau bewegt sich das denn?

Claudia Reihert:

Das bewegt sich, wie in ganz Schweden, auf einem hohen Niveau. Nichts desto trotz gibt es da eine Segmentierung.

Dann zu dem: „Man ist in Deutschland krankenversichert.“ Man ist in Deutschland nicht unbedingt kranken- und rentenversichert. Gerade die Ein-Person-Selbständigkeit in Deutschland steigt. Da sind viele Menschen, die sich ihre Kranken- und Rentenversicherung in dem Maße nicht mehr leisten können. Wenn wir über Arbeitslose sprechen, müssen wir auch über Übergangsgelder sprechen. Gerade die Übergangsgelder setzen nicht zwingend voraus, dass man sich versichert. Und um Geld zu sparen, sind es mittlerweile sehr viel Arbeitslose, die, wenn sie dann das Übergangsgeld bekommen, auf Krankenversicherung verzichten.

Dann zu den „Slums in den USA“ und den „working poor“; da ist die Frage, wie gehen wir mit unseren ausländischen Jugendlichen um? Wie groß sind deren Chancen, Ausbildungsplätze zu bekommen, gut bezahlte Arbeitsplätze zu bekommen und auf dem Arbeitsmarkt einbezogen zu werden? Da ist immer die Frage; wie machen wir das denn bei uns und ist es bei uns wirklich so viel besser?

Zur Wiedervereinigung: die Wiedervereinigung hat die westdeutsche Wirtschaft zumindest über einen gewissen Zeitraum sehr stark angekurbelt. Ob wir nicht auch ohne die Wiedervereinigung in Westdeutschland letztendlich dieselben Probleme hätten, die wir heute mit Wiedervereinigung haben, kann niemand entscheiden, ist aber wirklich eine offene Frage. Das kann man heute wirklich nicht mehr nachvollziehen. Deswegen finde ich das Argument der Wiedervereinigung immer sehr schwierig.

Dann zu den Arbeitgeberpunkten: Es werden hier Arbeitgeberpunkte veröffentlicht, die eigentlich nichts Neues bieten, die sich aber letztendlich in der Arbeitgeberargumentation wiederholen. Da sollte man sich doch fragen, warum die sich wiederholen? Kann vielleicht irgendwas dran sein? Einfach nur die Frage, wenn sie sich denn ständig wiederholen, muss man sich nicht mal fragen: ist vielleicht an dieser Argumentation irgendwas dran?

Die nächste Frage: Arbeitsstunden pro Beschäftigter. Wenn wir tatsächlich im Mittelfeld liegen, müsste man dann nicht die Beschäftigungsquote der Länder vergleichen? Also wir haben mit unserer niedrigen Beschäftigungsquote eine Jahresarbeitsstundenzahl - und ich gehe nur von Vollbeschäftigten aus - die im Mittelfeld liegt. Aber mit unserer niedrigen Beschäftigungsquote, müssten wir nicht ganz oben sein, was die Jahresarbeitsstunden angeht? Also andere Länder schaffen es doch anscheinend, auf demselben Jahresarbeitsstundenniveau viel mehr Menschen in Arbeit einzubeziehen. Warum?

Einwurf Lothar Peter:

Da ist es natürlich spannend nach Schweden zu gucken. Da hast Du auch eine vergleichsweise niedrige Jahresarbeitszeit und trotzdem eine geringe Arbeitslosigkeit. Inzwischen liegt sie bei etwa 5 bis 6 %. Das ist ja vergleichsweise wenig bei einer gleichzeitig hohen Erwerbsbeteiligung.

Einwurf Helmut Spitzley:

Also musst Du den Begriff Produktivität wieder einbringen. Warum sollen wir so viel arbeiten? Sehe ich gar nicht ein.

Claudia Reihert:

Aber ist die Produktivität in Deutschland vielleicht auch deshalb so hoch, weil wir über Jahrzehnte relativ teure Lohnnebenkosten hatten? Sind die hohen Arbeitskosten in Deutschland vielleicht auch der Grund dafür, dass die Produktivität so hoch ist? Hätten wir vielleicht gar nicht so eine hohe Produktivität, wenn die Arbeitskraft nicht so teuer wäre? Ich will damit nur sagen, für mich gibt es ganz viele Fragen, die unbeantwortet sind - die für mich auch unbeantwortet sind - und die nicht so einfach von Tisch gewischt werden können.

Helmut Spitzley:

Zwei Fragen sind für mich auf jeden Fall offen. Angenommen, Streeck findet gesellschaftliches Gehör und Bundeskanzler, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände sagen alle „wir machen das genau so wie Herr Streeck es vorschlägt“. Was käme dann dabei heraus und was für eine Gesellschaft stünde da am Ende? Und das zweite: meine Behauptung ist ja, dass er letztlich auf ein ökonomistisch verengten und dazu noch selektiven Ansatz aufbaut und dass es einen Bedeutungsverlust der Sozialwissenschaften, insbesondere der Soziologie, über die letzten 10-15 Jahre in diesen Fragen gibt. Soziologen tauchen in dieser Debatte viel weniger auf, zumindest viel weniger prominent auf, mit Fragestellungen, mit Erklärungen, als das Ökonomen wie Sinn oder Zimmermann tun. Also welche soziologischen, sozialwissenschaftlichen Fragen stehen da eigentlich im Raum und wo ist die Soziologie überhaupt herausgefordert?

Rainer Dombois:

Der zweite Teil vom Streeck, also wo er seine Ideologie reinbringt, ist ja relativ wolzig und wenig instrumentell. Das andere ist sehr stark institutionell argumentiert. Um die Diskussion weiterzuführen, wäre zu überlegen, welche anderen Vorschläge es noch gibt – zum Beispiel eure Vorschläge zur Arbeitszeitverkürzung, neoliberale Ansätze oder die der Memorandum-Gruppe. Wenn man sich die mal vor dem Hintergrund der Streeckschen Argumentation anguckt, wäre das eine tolle Sache.

Peter Mehlig:

Zugespielt sind es im Grunde ja zwei gegensätzliche Positionen, mit denen man versucht, die wirtschaftliche Krise zu bewältigen. Bei der einen geht es darum, die Lohnkosten zu senken, indem man die Lohnnebenkosten runterfährt und den Sozialstaat abspeckt, und die andere ist die Umverteilung der vorhandenen Arbeit. Beide Szenarien müsste man eigentlich mal durchdeklinieren: Wo führt das eigentlich hin, zum Beispiel wenn die Lohnkosten sinken und die Produktivität in der Industrie abnimmt? Was passiert denn dann? Werden dann die Straßenbaumaschinen verschrottet und man greift wieder zur Schaufel, um Autobahnen zu bauen und die Leute zu beschäftigen?

Lothar Peter:

Was ich interessant finde, wäre die Frage Koppelung von workfare - auch bezogen auf konkrete Gruppen - mit einer gleichzeitigen staatlich betriebenen Beschäftigungspolitik. Dass man da irgendwie weiterkommt, denn das passiert ja auch nicht in dem Maße. Da gibt es die entsprechenden Lohnersatzleistungen, aber dass da wirklich wieder jemand in den Arbeitsmarkt reingebracht wird, das läuft ja nicht. Die Frage ist nur, wie man das macht, und da bin ich ganz anderer Meinung als Streeck.

Einwurf Claudia Reihert:

Die Frage ist eigentlich, wie entsteht denn eigentlich ein Arbeitsplatz? Wann wird denn ein Arbeitsplatz geschaffen? Wer schafft wann warum einen Arbeitsplatz?

Einwurf Günter Warsewa:

Wenn die Putzfrau jedenfalls zu teuer ist, um auf das Beispiel zurück zu kommen, dann wird der Arbeitsplatz definitiv nicht geschaffen.

Einwurf Lothar Peter:

Aber man kann auch bei der ganzen Debatte über Schwarzarbeit sagen, dass das niemanden interessiert hat, solange es relative Vollbeschäftigung gab, obwohl es da auch Schwarzarbeit gab.

Einwurf Günter Warsewa:

Ja, aber da gab es das nicht in dem Umfang.

Einwurf Lothar Peter:

Ja, weil es eben entsprechend ausreichend hochwertige oder angemessene Arbeitsplätze gegeben hat.

Helmut Spitzley:

Also, was schade ist, ist, dass Streeck nur auf Lohnnebenkosten eingeht und die auch - mit teilweise guten Argumenten - kritisiert, aber nicht die ernst zu nehmende Perspektive der steuerfinanzierten Sozialpolitik als Alternative verfolgt.

Einwurf Lothar Peter:

Wobei es auch bei den Lohnnebenkosten Gegenargumentationen gibt, dass die Lohnnebenkosten, je nach dem, wie man sie berechnet, teilweise überhaupt nicht so exorbitant gestiegen sind.

Einwurf Helmut Spitzley:

Also die Abgabenquote in Deutschland, also die Sozialabgaben plus Steuern, liegen wieder im Mittelfeld Europas, die Steuern selber sind bezogen auf Europa weit unterdurchschnittlich.

Einwurf Lothar Peter:

Umgekehrt ist die Lohnquote im langen Zeitverlauf beträchtlich gesunken. Bezogen auf das Volkseinkommen ist sie gesunken. Das heißt die Gewinne sind entsprechend relativ gestiegen.

Einwurf Helmut Spitzley:

Auch das kommt bei Streeck nicht vor. Der Trick an solchen Beiträgen wie diesem Essay von ihm besteht eigentlich in der Auswahl von Fakten und der De-Thematisierung anderer Fakten.

Einwurf Günter Warsewa:

Das ist eine so unredliche Argumentation, weil die Tricks und die Auswahl, alle diese Dinge, die findest Du auf beiden Seiten der Barriere.

Helmut Spitzley

Das war an dieser Stelle nicht mein Argument. Mein Argument war von der Meta-Ebene. Wenn man sich aus der Distanz diesen und auch andere Texte – das würde ich auch auf meine, auf Lothars und andere Texte beziehen – ansieht, was wird zum Thema gemacht und welche anderen Punkte, Argumente und Perspektiven werden ent-thematisiert, werden rausgelassen. Wo wird auf welche Weise Komplexität reduziert? Was wird selektiert?

Rainer Dombois:

Wäre schön, wenn wir eine Runde machen und fragen, was wir aus dem Text und der Debatte gelernt haben?

Helmut Spitzley:

Ich weiß, dass wir alle auf unseren Vorpositionen sitzen. Die lassen sich in einer solchen Diskussion nicht wirklich ankratzen. Das müsste die nächste Stufe des wirklichen Durchargumentierens sein. Von

daher war das für mich ein Anfang, der die Komplexität deutlich gemacht hat. Die Frage, die ich wirklich habe, ist, was machen Soziologen damit? Sie lassen sich auf ökonomistische Debatten ein, von denen sie aber leider nicht genug verstehen - oder jedenfalls nicht die verschiedenen Seiten wirklich durchargumentieren können. Was also wäre ihr originärer Beitrag?

Rainer Dombois:

Also ich muss sagen, dass viele der Diskussionsbeiträge die Argumente von Streeck nicht ernst genug nehmen. Es sind doch eine ganze Menge an differenzierenden Argumenten, aber ich kann nicht genau abschätzen, welche Gewichtung das wirklich hat, was Streeck hier so stark hervorhebt. Ich glaube nicht, dass die Deutsche Einigung ein starkes Argument ist, weil wir diese Entwicklung - etwa der Arbeitslosigkeit - schon seit längerer Zeit und stufenweise haben. Ich finde aber nach wie vor, dass dieser Text den Vorteil der Rigorosität hat. Wir müssen diesen Text ernst nehmen, sonst sind wir verrückt. Die gesellschaftlichen Probleme, auf die er sich bezieht, sind dermaßen ernst, und gleichzeitig sind die Politiken bisher dermaßen unfähig, diese Probleme zu lösen, so dass wir solche Arten von rigorosen Argumentationen brauchen - jedenfalls, um in Bewegung zu kommen.

Günter Warsewa:

Einen inhaltlichen Punkt zur Fortsetzung erlaube ich mir noch. Ich finde, dass Streeck eben nicht ökonomistisch argumentiert, sondern dass das ganz im Gegenteil ein eminent politischer Text ist. Helmut Wiesenhal hat das stärkste, für mich das plausibelste Argument dazu in einem Beitrag gebracht. Man muss sich einfach überlegen, was sind politische Konsequenzen aus dieser ganzen Debatte und aus diesen ganzen Entwicklungen? Wenn wir akzeptieren, dass alle, Politikwissenschaftler und überhaupt die ganze Welt unstrittig und einstimmig der Meinung sind, dass Politik eigentlich immer das Ziel hat, Macht zu erhalten, dann ist die Frage von Helmut Wiesenhal sehr, sehr ernst zu nehmen, warum eigentlich eine Regierung seit 6 Jahren, seit 8 Jahren ein bewusstes politisches Harakiri mit dieser Art von Politik macht. Die sind ja nicht blöd. Es ist ganz offensichtlich so, dass sie bei aller Besserwisseri von allen Leuten aus der ganzen Welt das Gefühl haben, es gibt keine Alternative. Ansonsten würden sie irgendwas anderes tun, weil denen klar ist, dass sie sich um jede Wahlchance, um jede Möglichkeit weiterzumachen bringen. Aber sie sagen, es geht nicht anders.

Das ist auch noch mal eine spannende Frage, was man eigentlich von Politik in so einer Situation erwarten kann? Das wäre für mich eigentlich die spannendste Frage.

Lothar Peter:

Inhaltlich hat mich die Diskussion - ein bisschen auch Streeck, aber dann vor allem die Diskussion - für die Notwendigkeit der Konkretisierung von möglichen Alternativen und da insbesondere für die Aspekte einer aktiven Arbeitsmarktpolitik sensibilisiert. Wie könnte die aussehen? Da scheint mir eine stringente Kombination von workfare und öffentlicher Investitionspolitik eine Schlüsselrolle zu spielen. Und Dein Hinweis - Helmut -, dass Streeck ökonomistisch argumentiert, ist teilweise richtig. Aber falsch ist, dass er nicht auch soziologisch argumentiert. Er argumentiert allerdings in einer Weise soziologisch, die anfechtbar ist. Dies tut er mit der latenten oder immanenten Konzeption der Figur des Arbeitskraftunternehmers. Bei ihm steht die Figur des Arbeitskraftunternehmers als Leittypus im Hintergrund.

Jenna Voss:

Für mich sind zwei Aspekte herausragend. Ich habe bei mir die Entdeckung gemacht, dass ich von einem Text, von einer Abhandlung, selbst wenn sie mit einem Essay überschrieben wird, so torpediert werden kann. Wenn ich überlege, dass ein Wissenschaftler so etwas fabriziert und damit ja auch etwas macht, dass auf die gesamte wissenschaftliche Zunft zurückfällt - also das empfand ich als eine Frechheit.

Der andere Aspekt, mit dem ich mich beschäftigt habe, ist die Frage, was Streeck eigentlich damit bezweckt, das so zusammenzufassen? Was verfolgt er?

Claudia Reihert:

Selbst wenn man das total ablehnt, was er geschrieben hat, gerade dann müsste man es eigentlich ernst nehmen. Und da würde ich Dir – Helmut - zustimmen, dass Soziologen in der Debatte sehr selten zu finden sind. Was Soziologen manchmal machen, ist, dass sie meinen, sie wüssten es besser, und dass sie nicht erkennen, wo die politischen Einflussmöglichkeiten sind. Ich finde, dass da manchmal Chancen vertan werden. Mich hat der Artikel an ein Interview mit dem Herrn xy erinnert, dem Geschäftsführer von xy. Das war ein ganz redlicher Mann. Er war Arbeitgeber und er hatte teilweise die typischen Arbeitgeberargumente. Und aus seiner Argumentation heraus konnte ich sie aber verstehen. Ich konnte auch seine Schwierigkeiten verstehen. Das war damals für mich so ein Punkt, wo ich gedacht habe: es gibt einfach nicht nur schwarz und es gibt nicht nur weiß und es gibt nicht nur die guten Gewerkschafter und die bösen Arbeitgeber und es gibt nicht nur die guten Argumente und die schlechten Argumente, sondern es gibt immer so eine große Palette. Das war für mich bei diesem Essay auch so.

Natürlich gibt es auch Sachen, mit denen ich überhaupt nicht konform gehen kann. Aber es gibt in diesem Essay auch Argumente, wo ich weiß, die würde ich 100%ig unterschreiben. Das ist zum Beispiel der Punkt mit dem Jammern und dem Klagen der Deutschen. Das ist ein Punkt, den ich absolut unterschreiben würde.

André Holtrup:

Also ich fühle mich bestärkt, dass die Soziologie immer auch ein normatives Geschäft ist. Die Frage, welche Argumente man aufgreift und wie man sie vertritt, hängt schlussendlich doch von der eigenen normativen Position ab.

VERÖFFENTLICHUNGEN DES IAW - INSTITUT ARBEIT UND WIRTSCHAFT -

Arbeitspapiere

ISSN-Nr.: 1610-9325

Nr. 1

Temme, Th.; Warsewa, G. (2002): Vom Quick-Shop zum Click-Shop? Modernisierung des lokalen Einzelhandels durch Lieferdienste und E-Commerce (€ 3,00)

Nr. 2

Lang, W.; Hickel, R. (2003): Sanierungshilfen des Bundes durch Teilentschuldung 1994 bis 2004 (€ 3,00)

Nr. 3

Tholen, J.; Czírja, L.; Hemmer, E.; Mansfeldová, Z.; Sharman, E. (2003): EU-Enlargement and Labour Relations - New Trends in Poland, Czech and Slovak Republic (€ 5,00)

Nr. 4

Ludwig, Th.; Tholen, J. (2004): Beschäftigung, Auftragslage und Perspektiven im deutschen Schiffbau. Ergebnisse der Befragung der Betriebsräte im September 2003 (€ 3,00)

Nr. 5

Holtrup, A.; Mehlis, P. (2004): Arbeitsbeziehungen im Wandel. Theoretischer Rahmen und Modell zur empirischen Analyse neuer Formen der Regulierung von Arbeit (€ 3,00)

Nr. 6

Mehlis, P.; Spitzley, H. (2004): Arbeitszeiten und Arbeitsformen in High-Tech-Unternehmen der "new economy". Konzept einer empirischen Untersuchung zur Analyse neuer Regulierungsmuster von Arbeit (€ 3,00)

Nr. 7

Warsewa, G. (2004): Stadtgestaltung durch Zeitpolitik. Experimente und Ergebnisse im Projekt ‚Bremen 2030 – eine zeitbewusste Stadt‘ (€ 3,00)

Nr. 8

Holtrup, A. (2004): Die Regulierung von Arbeit aus der Sicht von Beschäftigten. Der konzeptionelle Rahmen für die empirische Untersuchung der subjektiven Relevanz von Arbeitsregulierung. (€ 3,00)

Nr. 9

Dombois, R.; Winter, J. (2004): Sozialklauseln – Handelssanktion als wirksames Instrument internationaler Arbeitsregulierung? Erfahrungen aus dem ‚*North American Agreement on Labor Cooperation*‘ zwischen USA, Mexiko und Kanada (€ 3,00)

Nr. 10

Dombois, R.; Winter, J. (2004): Arbeitsregulierung als transnationaler Governanceprozess. Lehren aus dem NAFTA-Raum (€ 3,00)

Nr. 11

Warsewa, G. (2004): Strukturwandel und Identität – Die europäischen Hafenstädte erfinden sich neu. Auswertung des Workshops „Revitalisation of Old Port Areas“ in Bremen 6./7. Mai 2004 (€ 3,00)

Nr. 12

Baumheier, U. (2005): Betriebsnahe Kinderbetreuung in der Stadtgemeinde Bremen. Eine Studie des Verbundvorhabens „Bremen 2030 – eine zeitgerechte Stadt“ (€ 3,00)

Nr. 13

Reihert, C. (2005): Karriere, Klienten, kollegiale Beratung. Konzept einer Untersuchung der Ansprüche Beschäftigter im Bereich Soziale Arbeit (€ 3,00)

Nr. 14

Voss, J.; Warsewa, G. (2005): Reflexive Arbeitsgestaltung zwischen privaten und betrieblichen Ansprüchen. (€ 3,00)

Nr. 15

Holtrup, A./Peter, L. (Hg.) (2005): Von den USA lernen? Zur Zukunft der Arbeits- und Sozialpolitik in Deutschland. Eine Auseinandersetzung um das Politikkonzept von Wolfgang Streeck. (€ 3,00)

Forschungsberichte

Nr. 1

Wefer, G.; Warsewa, G.; Söffler, D. (2003): Entwicklungspotentiale und –optionen der bremischen Wissenschaftslandschaft (€ 3,00) ISBN: 3-88722-585-6

Nr. 2

Richter, G.; Prigge, R. (2003): Interessenvertretung in der Reformflaute. Kommunale Rahmenbedingungen, Krise der Verwaltungsmodernisierung und neue Herausforderungen für Personalräte (€ 5,00) ISBN: 3-88722-587-2

Nr. 3

Tholen, J.; Schekerka, H. (2003): Arbeitsplatz- und Beschäftigungseffekte in der Luft- und Raumfahrt-industrie und verwandten Bereichen in der Region Bremen (€ 3,00) ISBN: 3-88722-588-0

Nr. 4

Heisig, U.; Schleibaum, J. (2004): Von der Meldestelle zum Bürger Service Center Horn-Lehe. Mehr Servicequalität durch innovative Arbeitsorganisation (€ 3,00) ISBN 3-88722-589-9

Nr. 5

Lang, W. (Hrsg.) (2004): Bremen. 100 Tage nach der Wahl. Dokumentation der Tagung am 5. September 2003 am Institut Arbeit und Wirtschaft. (€ 3,00) ISBN: 3-88722-597-x

Nr. 6

Heisig, U., Ludwig, Th. (2004): Regulierte Selbstorganisation. Arbeitssituationen und Arbeitsorientierungen von Wissensarbeitern in einem High-Tech Unternehmen (€ 3,00) ISBN: 3-88722-611-9